

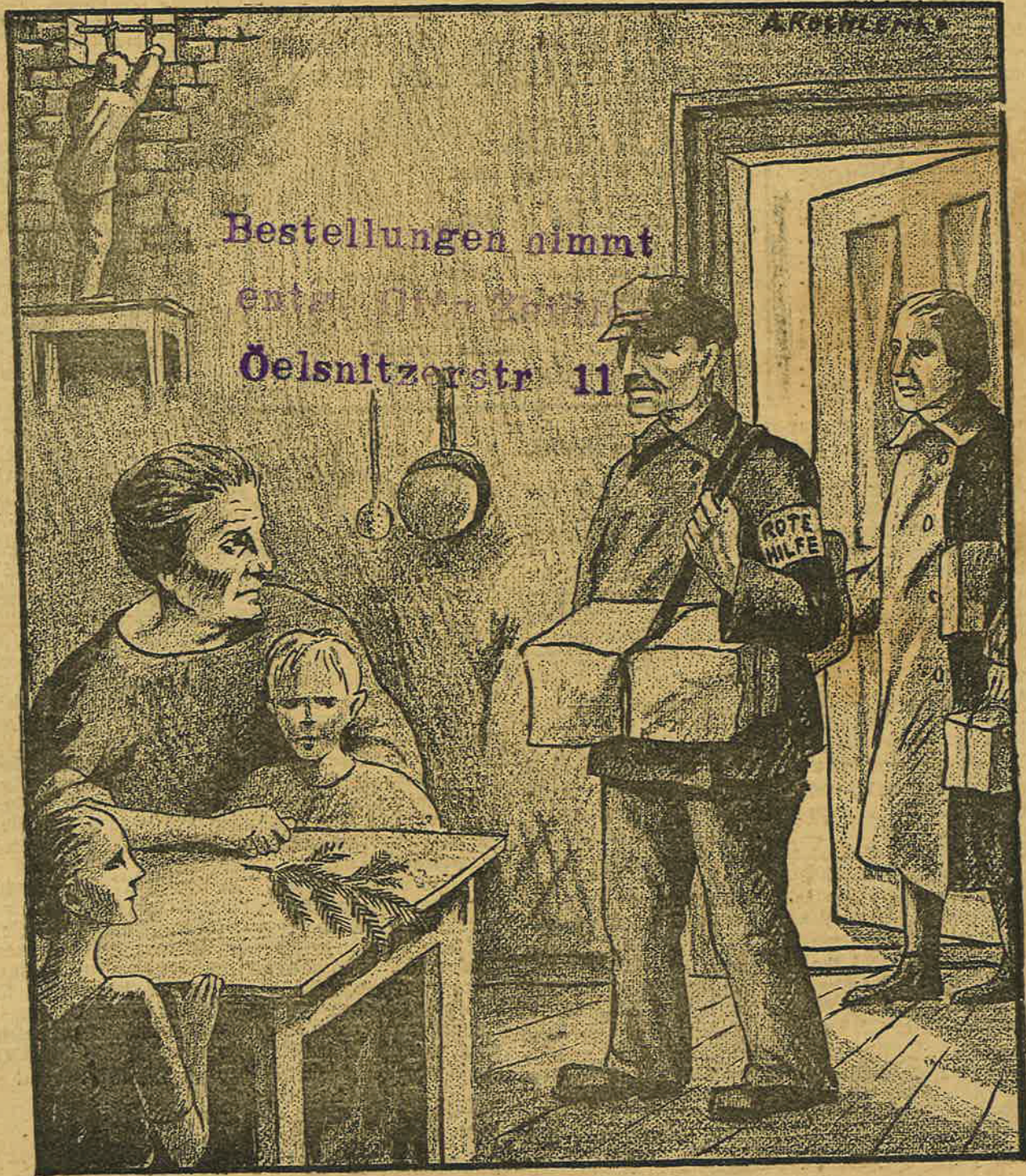
# DER ROTE HELFER

Redaktion und Verlag: Berlin NW7, Dorotheenstraße 77-78  
Telephon: Amt Zentrum, 5167, 5483  
Auslieferung für die Schweiz: Willi Trostel Zürich, Ottikerstr. 35



Bezugspreis durch die Post monatlich 10 Pfennig, vierteljährlich 30 Pfennig / Einzelpreis: für Deutschland 10 Pfennig, für die Schweiz 10 Rappen

## Die Klassensolidarität lebt!



# Die Klassensolidarität lebt!

In wenigen Tagen wird wiederum das große Lügen beginnen. Von allen Kanzeln, den geistlichen wie den weltlichen, wird in allen Variationen das Wort „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ ertönen. Locarno, Genf, Thoiry werden als Beweis herangezogen werden für den Geist der Befriedung der Welt, die von Waffen starrt, in der die Friedensschalmeien nur das Wettrüsten und die ununterbrochen fortgesetzten Kriegsvorbereitungen übertönen sollen. „Wenn du den Krieg willst, dann mußt du von Frieden reden“, das ist der zeitgemäße Grundsatz aller Imperialisten.

Aber das Spiel ist zu durchsichtig! Die, die von Völkerverständigung und Völkerversöhnung reden, schwingen die Zuchtrute der Unterdrückung und Ausbeutung über die werktätigen Massen in Stadt und Land. Millionen Arbeitslose, Hunger und Elend, Arbeitszeitverlängerung, fließendes Band, mit einem Wort: die Auswirkungen der Rationalisierungskrise demonstrieren den Proletariern zu deutlich, was Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen in der Praxis der kapitalistischen Welt bedeutet: das Recht der Kapitalisten aller Länder, in Frieden zu ihrem Wohlgefallen die Arbeiter durch Lohn-, Zoll- und Steuerblock, durch Steigerung der Ausbeutung auszupeinern zu können. **Sie reden vom Frieden und führen täglich den Ausbeutungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse.**

Und in den Kampfmitteln ist man nicht wählerisch. Je brutaler und grausamer, desto schneller und gründlicher gedenkt man die Stimmen derer, die sich gegen diesen Vernichtungskrieg an der Arbeiterklasse erheben, zu ersticken.

Überall in der kapitalistischen Welt wütet der weiße Terror. Der Balkan ist ein einziger Galgenwald. In Polen schmachten trotz des Pilsudski-Aufstandes noch 6000 politische Gefangene in den Kerkern. Und täglich bringt Pilsudski-Justiz noch immer neue Opfer in die Kasematten. In die Kerker geworfen, an den Galgen gebracht, „auf der Flucht erschossen“ wurden die, die die Sache der ganzen Arbeiterklasse zu der ihrigen gemacht.

Und in dem Glockengeläut zum Fest der Liebe mischt sich der anklagende Ruf der Gemeuchelten und Gepeinigten, das Weklagen und Stöhnen, das Elend, der Jammer und der Hunger der Angehörigen.

Und wie sieht es bei uns aus?

Noch immer verbringen Hunderte unserer aufrechtesten Kämpfer die besten Jahre ihres Lebens hinter Kerkermauern, wirft täglich vom Haß gegen anrechte Revolutionäre erfüllte Klassenjustiz immer neue Opfer in die Zwingburgen der gegenwärtigen Machthaber.

Betrogen von der Hindenburg-Amnestie, schmachten sie schon seit Jahren. Wie lange schon? Und wieviel Weihnachten noch?

Doch ihr Mut und ihr Vertrauen ist nicht zu erschüttern. Auch noch so brutaler Strafvollzug kann ihren Kämpferwillen selbst in den Kerkern der Bourgeoisie nicht brechen. Sie halten aus.

Sie wissen: Trotz aller brutalen Gewalt des Klassengegners wird das Proletariat siegen. Der Glaube an die Kraft der Arbeiterklasse, das Bewußtsein von ihrem unausbleiblichem Sieg läßt unsere politischen Gefangenen ihrer Ketten spotten. — — — „Einst werden wir die Richter sein!“ — — —

Doch vergessen wir nicht, was sie für uns taten. Nichtachtend die Gefahr, gaben sie für uns ihre Freiheit hin und opferten für uns die Existenz ihrer Familien.

Barbarischer Strafvollzug soll diesen herrlichen Kämpferwillen unserer proletarischen Helden brechen, systematische Peinigung sie zermürben, die Not ihrer Familien sie fortgesetzt quälen.

Das darf und wird nicht gelingen!

Stärker als der Terror rachegeigerer Klassengegner muß die organisierte Solidarität der Arbeiterklasse sein. Der Vernichtungswille unserer Gegner muß an unserem Willen, unseren gefangenen Klassenkämpfern und ihren Familien zu helfen, zuschanden werden.

Im Bewußtsein unseres Sieges und im Glauben an die Solidarität der proletarischen Klasse stellten sich unsere Klassengenossen an die Spitze des Kampfes. Enttäuscht sie nicht, wie auch sie uns nicht getäuscht haben!

Das Band enger Klassenzusammengehörigkeit muß angesichts unserer Kämpfer und der Not ihrer Familien zu Mauern echterer proletarischer Solidarität erstarken.

Nicht in Phrasengeklänge, sondern durch die praktische Tat wollen wir beweisen, daß wir unserer Genossen würdig sind.

Die „Rote Hilfe“ ist die Organisation der proletarischen Hilfe. Rote Hilfe bringen, das heißt im Sinne unserer Kämpfer wirken.

Niemand darf hierbei abseits stehen! Gewiß, die Not in der Arbeiterklasse ist groß. Die kapitalistische Rationalisierung hat Millionen ins Elend gestoßen. Und dennoch: Gerade sie

wissen, wie weh der Hunger tut. Sie werden nicht zurückstehen wollen, jetzt, da es gilt, den Opfern brutaler Klassenjustiz zu helfen, sie werden in diesen Tagen nicht abseits stehen wollen, wo alles mobilisiert wird, wo sich die ganze proletarische Klasse zu einheitlicher Front der Roten Helfer formieren muß.

Neue Mitglieder für die Rote Hilfe-Organisation, neue Leser und Abonnenten für den „Roten Helfer“ müssen gewonnen werden. In den Betrieben und Gewerkschaften, in den proletarischen Kultur- und Sportorganisationen, in den Mieterverbänden, allüberall, wo Proletarier zusammenkommen, müssen wir den Gedanken der Hilfe für die politischen Gefangenen und ihre Angehörigen wecken, zum bewußten Willen stärken und stählen, mit uns gemeinsam für die Freilassung, für die Amnestie der politischen Gefangenen des Proletariats zu kämpfen.

So künden wir als Rote Helfer in den Wochen, da Weihnachtsgeläut in die Ohren klingt, das heuchlerische Wort vom Frieden auf Erden die Proletarier umnebeln soll, den Glauben an die proletarische Solidarität und ihre praktische Betätigung.

Und wenn in jenen Stunden die Weihnachtsglocken zum Fest der christlichen Liebe läuten, wenn unsere politischen Gefangenen unsere Weihnachtspakete empfangen, und in vielen Orten die roten Helfer mit den Frauen und Kindern der politischen Gefangenen sich zu gemeinsamer Feier vereinigen, ihnen als Zeichen lebendiger, tätiger Solidarität Gaben reichen, die von Klassengenossen für sie gesammelt wurden, dann rufen wir über Mauern hinweg unseren Klassenkämpfern hinter Kerkergittern zu:

Die proletarische Klassensolidarität ist da!

Der Geist brüderlicher Solidarität lebt!

Er wird eure Zwingburgen brechen!

Haltet aus! Wir kommen!

Auf ans Werk, Rote Helfer!

## Rote Hilfe ist not!

Rote Hilfe ist not!

Zum „Fest der Liebe“

Schaff' Hilfe, schaff' Brot.

Die Treue übe

An den Besten des Volkes,

Die mutig und frei,

Auftraten gegen die Schmach im Lande,

Rebellen gegen die Tyrannei!

Hör' aus den Kerkern ihren Schrei:

Schaff' Rote Hilfe, mache uns frei!

# Was geht in Italien vor?

C. G. Als Mussolini vor vier Jahren seinen Marsch auf Rom erfolgreich durchführte, stützte er sich dabei vor allen Dingen auf das Kleinbürgertum, dem er große Versprechungen gemacht hatte. Wirklich war in Italien in den ersten Jahren der Faschistenherrschaft ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen, der allerdings nur die Folge der Inflation war. Aber auch hier war die Inflation nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt durchzuführen. Die Stabilisierung mußte einsetzen, wenn der Staatshaushalt nicht zerstört werden sollte; sie ging auf Kosten der Proletarier und armen Mittelschichten.

Diese innerpolitischen Schwierigkeiten zwingen den Diktator, nach Ablenkungsmitteln zu suchen. Das tut er auf zweierlei Weise: einmal hetzt er zum Kriege mit Frankreich, und zweitens versucht er eine neue Unterdrückungswelle gegen die Opposition. Für beide Zwecke dient ein Mittel, es werden Attentate inszeniert. Nachdem die ersten Attentate verübt waren, die eine Folge des Hasses und der Unzufriedenheit weiter italienischer Kreise mit der Faschistenherrschaft waren, tauchte der Plan auf, die Todesstrafe in Italien einzuführen, die gegen oppositionelle Attentäter angewandt werden sollte, und eine Reihe von Ausnahmegesetzen zu proklamieren, die die letzten Freiheiten in Italien beseitigen sollten. Dazu brauchte man aber wieder ein Attentat. So fiel in Bologna ein Knabe unter den Messerstichen von Mussolinis Getreuen, die bemerkt haben wollten, daß dieser Knabe auf Mussolini geschossen hatte. Von diesem mysteriösen Schuß hat aber niemand etwas gesehen, vielmehr wurde später von einer Verwechselung gesprochen, genug, die Geschichte des Attentates in Bologna läßt berechnete Zweifel an ihrer Echtheit aufkommen.

Ungefähr um dieselbe Zeit, als das Attentat in Bologna stattfand, wurde in Nizza ein bekannter Antifaschist von der französischen Polizei festgenommen, der sich als Lockspitzel der faschistischen Regierung entpuppte und für die Summe von 400 000 Lire die in Frankreich lebenden Antifaschisten an die faschistische Regierung verraten hat. Er lieferte „Attentäter“, die in Italien verhaftet werden konnten und gleichzeitig Beweise dafür bildeten, daß in Südfrankreich von der französischen Regierung Antifaschisten geduldet, ja, unterstützt werden, die sich mit Mordplänen befassen. So diente Garibaldi dazu, Material für die Kriegshetze Mussolinis gegen Frankreich herzustellen.

Aber nicht nur Attentäter lieferte Garibaldi. Er verstand es, die in Südfrankreich lebenden Katalonier zu einer Verschwörung gegen Primo de Rivera anzustiften (im Auftrage Mussolinis). Diese Verschwörung wurde kurz vor ihrem Gelingen verraten; 38 Katalonier konnten verhaftet werden, an ihrer Spitze Macia. Alle Fäden der Verschwörung liefen bei Garibaldi zusammen, der so einen Keil zwischen Frankreich und Spanien zugunsten einer spanisch-italienischen Verständigung treiben sollte.

Die Entlarvung Garibaldis erfolgte durch die französische Polizei. Garibaldi, ein Enkel des italienischen Nationalhelden, genoß in den Kreisen der in Frankreich lebenden Antifaschisten das größte Ansehen. Er war bekannt als ein leidenschaftlicher Gegner Mussolinis, der mehrfach geäußert hatte, daß er nach Rom marschieren wollte, um Mussolini und das faschistische Regime zu stürzen. Kein Wunder, daß er Vertrauen genoß.

Eines Tages erhielt die französische Polizei die Nachricht, daß ein junger italia-

nischer Antifaschist, Scivolo, die Absicht habe, nach Italien zu reisen und Mussolini zu töten. Die Spur führte zu Garibaldi, der Scivolo in die Kreise der Antifaschisten in Nizza eingeführt hatte, als ein Antifaschist, der in einem geheimen Auftrage nach Rom fahren würde.

Zu gleicher Zeit beobachtete die Polizei einen in Nizza abgestiegenen angeblichen reichen Kaufmann Pisacane, von dem sie, seinem ganzen Auftreten nach, annahm, daß er ein hoher faschistischer Beamter sei. Bei einer Untersuchung stellte es sich heraus, das es sich um den Generalinspektor der mailändischen Polizei handele, der im Besitz von drei Pässen war: 1. auf den Namen Pisacane, 2. auf den Namen Lo Polla (seinen richtigen), 3. einen Paß auf den Namen des Mussolini-Attentäters in spe: Scivolo (!). Die Polizei ersuchte den Generalinspektor, doch sofort abzureisen. Ein erbetener Aufschub von 2 Stunden wurde ihm bewilligt. In dieser Zeit schrieb er einen Brief an Garibaldi, daß er entdeckt sei und fliehen müsse, traf sich daraufhin mit Garibaldi und händigte ihm 100 000 Lire aus. — Garibaldi wurde daraufhin verhaftet. Es stellte sich heraus, daß der Generalinspektor der Mailänder Polizei eigens nach Nizza gekommen war, um den Paß für Scivolo zu überbringen und Garibaldi das Geld auszuhändigen. Scivolo sollte dann sofort bei seinem Eintreffen in Italien verhaftet werden. (Todesurteil!) Scivolo sollte die Hälfte einer Postkarte bei sich tragen, deren andere Hälfte an einen treuen Antifaschisten geschickt wird, damit die Polizei gleich zwei Opfer erhält, wenn die beiden Kameraden sich daran erkennen, daß ihre Karteiteile zusammenpassen.

Bei Garibaldi wurde der Brief des Polizeinspektors gefunden, daß er entdeckt sei und fliehen müsse. Er brach zusammen und gestand alles ein.

Garibaldi hat der italienischen Regierung in seiner Eigenschaft als Lockspitzel doppelte Dienste geleistet. Konnte er die Hetze gegen Frankreich auf diese Weise unterstützen, so konnte er der Regierung Mussolinis gleichzeitig helfen, die in Italien vorgesehenen Terrorakte durchzuführen.

Schon jetzt nach dem Attentat in Bologna wütete der Terror hemmungslos. Die Todesstrafe ist eingeführt worden. Die Ausnahmegesetze sind erlassen: zum Beispiel strenge Strafen für jede Grenzüberschreitung; Aufhebung aller antifaschistischen Parteien und Organisationen; Verbot aller antifaschistischen Zeitungen; Errichtung einer besonderen Polizei usw. Das schlimmste aber sind die offenen Terrorakte der Faschisten, die ihren „DUCE“ retten wollen. 100 Menschen sind ermordet, 1000 verwundet worden. Die gesamte Redaktion der kommunistischen „Unita“ ist unter schlimmsten Mißhandlungen verhaftet worden; 11 Zeitungen sind verboten. Die Opposition, 125 Abgeordnete, ist aus dem Parlament verjagt worden. In Mailand haben die Faschisten 300 Wohnungen zerstört; in Rom wurde den Faschisten 48 Stunden die Stadt überlassen. Ja, die Faschisten zwingen jetzt jeden, ihre Fahnen zu grüßen, der nicht eine schwere Strafe erhalten will. Unmöglich ist es, alle Terrorakte zu schildern.

Allein an diesem unbeschreiblichen Terror erkennt man, in welchen Schwierigkeiten sich der Faschismus befindet. Aber die Geschichte des zaristischen Rußlands hat gezeigt, daß mit solchen Unterdrückungsmaßnahmen die Arbeiterschaft nicht niederzuhalten ist. Sie wird auch in Italien erstarken und den Faschismus niederringen.



Federzoni, Mussolini, Farrinazzi, die drei Führer des Faschismus, die einander feindlich gegenüberstehen.

# Der Internationale Kongress der IRH.

Von J. Rabinowitsch.

Der Beschluß des Erweiterten Präsidiums über die Einberufung des Internationalen Kongresses zum Frühling 1927 wird von allen Sektionen der Roten Hilfe zweifellos mit großer Befriedigung aufgenommen werden. Die verflochtenen dreieinhalb Jahre haben eine solche Entwicklung der IRH. ergeben, daß die IRH.-Sektionen der kapitalistischen Länder sich die weitere Tätigkeit ohne einen vorherigen Meinungsaustausch über die Ergebnisse der bisherigen Arbeit schlechterdings nicht denken können.

In der Mehrzahl der kapitalistischen Länder sind IRH.-Sektionen geschaffen worden. Die Komitees arbeiten intensiv, Mitgliedsbeiträge werden eingenommen, den Gefangenen und ihren Angehörigen wird mehr oder minder regelmäßig Unterstützung zuteil, Agitation und Propaganda haben bedeutende Ergebnisse gezeitigt, stellenweise ist auch die Rechenschaftsführung befriedigend organisiert.

Die Arbeit schreitet vorwärts.

Es wäre aber ein Irrtum, wenn wir annehmen wollten, daß damit die ganze Frage erschöpft und alles vorzüglich gestellt ist. Wir können uns ruhig eingestehen, und auch unsere Sektionen selbst gestehen es sich ohne weiteres ein, daß ihre Tätigkeit mancherlei Mängel und eine Menge Reibungen aufweist.

Betrachten wir z. B. die Frage der Legalisierung der IRH.-Sektionen in den Ländern des weißen Terrors: Wir erfahren aus der letzten Statistik, daß von den 35 Sektionen 12 ganz illegal und 4 halblegal arbeiten. Die Aufgabe des Kongresses ist, allgemeine Formen für die Legalisierung der IRH.-Sektionen in jedem beliebigen Lande des weißen Terrors zu finden.

Im Zusammenhange damit müssen wir unseren Standpunkt über die Frage der Arbeitsgemeinschaft mit verschiedenen humanitären Gesellschaften, Assoziationen, mit den radikal-demokratischen und bürgerlichen Intellektuellen, mit den Bauernverbänden, oppositionellen Parteien usw. usw. klären.

Dann gibt es noch andere Fragen, die eine generelle Lösung erfordern:

die Struktur der Sektionen,  
Schaffung selbständiger Komitees,

Loslösung der IRH. von Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen,

Regelung der Formen und Methoden für die agitatorische und propagandistische Arbeit unter verschiedenen Verhältnissen;

die Frage über den Rechtsschutz,  
über die individuelle und kollektive Mitgliedschaft,  
über die Einziehung der Mitgliedsbeiträge,  
über die Norm der Unterstützungen und ihre zweckmäßige Verteilung,  
über die Rechenschaftsführung, Statistik usw.

Die Tätigkeit der IRH. ist mit den Problemen der revolutionären, proletarischen und nationalen Freiheitsbewegung der unterdrückten Völker des Ostens aufs engste verbunden. Der bevorstehende Kongreß wird sich mit Fragen der Kampfmethoden gegen den weißen Terror, mit der Art der Unterstützung der kolonialen und halbkolonialen Völker in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus befassen müssen.

Man muß die Fragen des Kampfes um die Verbesserung des Gefängnisregimes, gegen Mißhandlungen und Folterungen der politischen Gefangenen und des Kampfes für die politische Amnestie differenzieren und präzisieren.

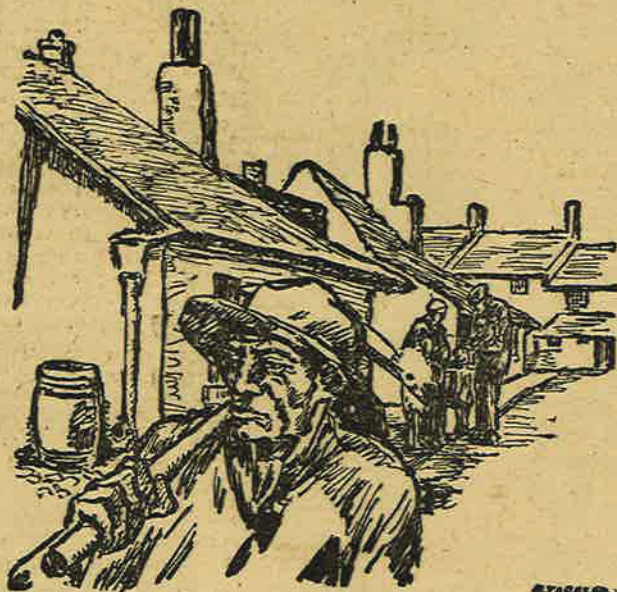
Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des Kongresses sein, auch das große Problem der Emigration und des Asylrechts der politisch Verfolgten eingehend zu behandeln. — es sind Fragen, die sogar die Sozialdemokraten so wichtig befunden haben, daß sie eine besondere Konferenz zu ihrer „Lösung“ einberufen haben.

Es versteht sich von selbst, daß alle diese Probleme noch vor dem Kongreß sorgfältig ausgearbeitet werden müssen. Das wird uns ohne die Hilfe der Sektionen nicht gelingen. Die Sektionen sind es, die am eigenen Leibe die negativen Seiten der bestehenden Unklarheiten zu spüren bekommen und die uns daher in allen diesen brennenden Fragen wesentliche Anregungen zu machen haben werden. Alle unsere Referate, alle für den Kongreß bestimmten Thesen und Resolutionen müssen auf Grund der Berichte und des Materials der Sektionen ausgearbeitet werden. Es ist daher unsere wichtigste Aufgabe, eine rechtzeitige Zusendung des erforderlichen Materials von den Sektionen zu erreichen.

## Die Verfolgungen der britischen Bergarbeiter

Die Nachrichten, die aus Großbritannien über die Verfolgung der kämpfenden Bergarbeiter kommen, sind ein Zeugnis für die dauernde Verschärfung des Kampfes. Die Regierung führt alle Paragraphen der Ausnahmegesetze und eine immer stärker werdende Truppe von Hilfspolizisten gegen die Arbeiterschaft ins Feld. Diese Polizei besteht zum großen Teil aus jungen Studenten, die auf Grund geheimer Regierungsbriefe an die Universitäten erworben werden. Solche Studenten erhalten äußerste Erleichterungen bei den Prüfungen; ihre polizeiliche Dienstzeit wird ihnen auf die Studienzeit angerechnet. Ueberall im Lande werden die Versammlungen der Bergarbeiter verboten und von Polizisten auseinandergetrieben. Die Redefreiheit, der sich die „britische Demokratie“ stets rühmte, besteht nicht mehr. Schon während des Generalstreiks hatten die Verfolgungen Massencharakter angenommen. In der ersten Woche nach Auslösung des Streiks wurden nicht weniger als 32 Bergarbeiterfunktionäre zu Gefängnisstrafen von drei bis zu sechs Monaten verurteilt. In der ersten Woche nach dem Streik wurden 116 Funktionäre und Streikposten verhaftet und erhielten Geldstrafen von 5 bis 30 Pfund. In Rotherham erhielten vier Genossen je 10 Pfund Geldstrafe, weil sie im Besitz von Streikbulletins gewesen waren. Die Genossin

Brown wurde zu drei Monaten Zuchthaus verurteilt wegen einer „Hetzrede“. Die Gefängnisstrafen für den Vertrieß



Elendshäuser englischer Bergarbeiter

von kommunistischer Literatur sind so zahlreich, daß es nicht möglich ist, die Namen der Verurteilten anzuführen. Erwähnenswert ist der Fall des Genossen Samson Barrett, der zu sechs Monaten Gefängnis und 200 Pfund (4000 Mark!) Geldstrafe verurteilt wurde, weil er Kampfpamphlete mit Kreide auf das Straßenpflaster geschrieben hatte. Gen. Firth erhielt drei Monate Gefängnis wegen Besitz eines Flugblattes der Kommunistischen Jugend. Der Fall der Genossin Cartwright, die zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde und ihr einjähriges Kind ins Gefängnis mitnehmen mußte, und der einer anderen Frau, die, obwohl sie schwanger war, von der Polizei brutal mißhandelt wurde, erregten große Empörung unter der Arbeiterschaft. Die Genossin Brown erhielt zum zweiten Male wegen einer „Hetzrede“ drei Monate Zuchthaus. 72 Bergarbeiter wurden zu ein bis zwei Monaten Gefängnis für Streikpostendienst verurteilt. Bis zum Ende der dritten Oktoberwoche fanden 2453 Prozesse in Verbindung mit der Bergarbeiteraussperrung auf Grund der Ausnahmegesetze statt. Die Zahl der auf Grund der gewöhnlichen Gesetze durchgeführten Prozesse gegen Bergarbeiter betrug bis Ende August 1926.

# Werden Sie es wagen?

## Den Märtyrern von Haymarket (Chicago) 1887 zum Gedächtnis

„Es ist sehr hübsch, wahres Elend zu bessern, aber die beste Mahlzeit für einen lumpigen Vagabunden ist Blei.“  
(„Chicago Times“ 1886.)

„Der einfachste Plan ist der, den Arbeitslosen und Bettlern Arsenik in das Mittagessen zu streuen, das bewirkt in kürzester Frist den Tod und ist anderen Bettlern eine Warnung, sich in respektvoller Entfernung zu halten.“  
(„Chicago Tribune“ 1886.)

Werden sie es wagen? Werden die amerikanischen Klassengerichte Sacco und Vanzetti, die beiden gequälten Opfer eines ungeheuerlichen Justizkomplotts endlich doch zum elektrischen Stuhl schleifen, trotz aller Unschuldsbeweise, trotz

der unzähligen jahrelangen Protestkundgebungen des internationalen Proletariats? Die Wiederaufnahme des Verfahrens wurde abgelehnt, nur ein neuerliches Gesuch an den Obersten Gerichtshof sicherte Sacco und Vanzetti wieder eine Galgenfrist, die im Januar ablaufen wird.

Werden sie es wagen? Möge die internationale Arbeiterschaft des Erfolges ihrer bisherigen Protestaktionen nicht zu sicher sein! Es gibt in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung Vorgänge Saccos und Vanzettis, Märtyrer, von denen das internationale Proletariat nur wenig weiß.

Die Geschichte der Opfer vom Haymarket in Chicago die am 1. November 1887 am Galgen starben, hat heute wieder aktuelle Bedeutung erlangt.



Albert Parsonne erhängt.

In Chicago war das Sturmzentrum des Kampfes, an dem auch die Anarchisten lebhaften Anteil nahmen. In ihren Zeitungen „Arbeiterzeitung“ und „Alarm“ schrieben die Anarchistenführer Albert R. Parsons und August Spieß flammende Aufrufe. Als der 1. Mai 1886 herankam, traten Tausende von Arbeitern in Chicago in den Streik. Die Unternehmer waren völlig überrascht. Die bürgerliche Presse leitete eine ungeheure Hetzkampagne gegen die verletzten und ausgebeuteten Arbeiter ein und forderte die Hinrichtung der revolutionären Führer.

Am 3. Mai fand eine Versammlung der Arbeiter der Ackerbaugerätefabrik McCormick statt, in der gegen die brutalen Unternehmer- und Polizeiangriffe protestiert und die Herabsetzung der Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden gefordert wurde. Die Polizei und die Pinkertongarden griffen die Versammlung an. Zahlreiche Tote und Verwundete blieben auf dem Platze.

Dieser Vorfall steigerte die Erregung der Chicagoer Arbeiter bis zum Äußersten. Die Arbeiterorganisationen riefen zum 4. Mai eine Protestversammlung auf dem Haymarket ein und Spieß schrieb ein Flugblatt an die Arbeiterschaft. Große Massen sammelten sich am Abend des 4. Mai auf dem Haymarket. Parsons, Spieß und Fielden hielten Ansprachen; die Versammlung nahm einen durchaus friedlichen Verlauf. Gegen 10 Uhr abends erschienen plötzlich Hunderte von Polizisten und forderten die Auflösung der Versammlung. Als der Aufforderung nicht sofort Folge geleistet wurde, gingen sie mit Knütteln und Schußwaffen gegen die Menge vor. In diesem Augenblick explodierte eine Bombe. Eine furchterliche Panik entstand. Sieben tote und 60 verwundete Polizisten waren das Ergebnis des Attentats.

Wer die Bombe geworfen hat, wurde nie bekannt. Alle Anzeichen deuten auf eine Polizeiprovokation hin.

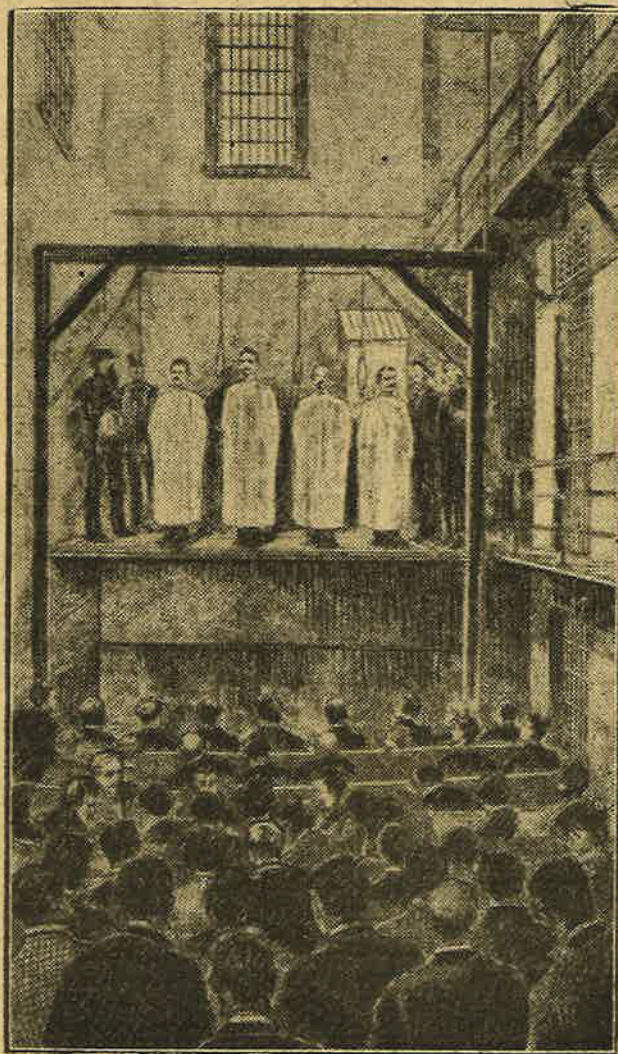
Gegen die Anarchistenführer Spieß, Parsons, Fielden, Schwab, Engel, Lingg, Fischer und Neebe wurde das Verfahren wegen Mordes eingeleitet. Parsons, den die Polizei nicht auffindig gemacht hatte, stellte sich am Tage der Gerichtsverhandlung selbst, um seine Unschuld zu beweisen. Außer Neebe, der 15 Jahre Zuchthaus erhielt, wurden alle, ohne einen Schein des Schuldbeweises, zum Tode verurteilt. Die Verteidiger gingen von Instanz zu Instanz, bis zum Obersten Bundesgericht in Washington. Die Arbeiterschaft sammelte 50 000 Dollars zur Deckung der Prozeßkosten. Schließlich ent-

schloß sich der Gouverneur von Illinois, zwei der Angeklagten, Fielden und Schwab, zu lebenslänglichem Zuchthaus zu begnadigen. „Die Arbeiter sollen wie Ratten in ihre Höhlen getrieben werden.“ In diesem Ausspruch des Staatsanwalts Grinnel ist der ganze Zweck dieses Prozesses zusammengefaßt.

Am 11. November 1887 wurden die Anarchisten Spieß, Parsons, Fischer und Engel gehängt. Lingg war am Tage vorher tot in seiner Zelle aufgefunden worden; ob es sich um Selbstmord oder Mord handelte, wurde nie festgestellt. Wie Helden gingen die Revolutionäre in den Tod. Als er schon die weiße Hülle über dem Kopf hatte, rief Spieß noch mit heller Stimme seinen Richtern zu: „Die Zeit wird kommen, da unser Schweigen im Grabe mächtiger sein wird, als unser Reden!“

Sieben Jahre später überprüfte der Gouverneur von Illinois, Altgeld, ein ehemaliger Richter, die gesamten Akten des Falles und bewies öffentlich die Unschuld der Hingetrichteten.

„Der Staat hat niemals entdeckt, wer die Bomben warf, die die Polizisten tötete, und das Beweismaterial zeigt keinerlei



Hinrichtung der Haymarket-Opfer 1887.

Verbindung zwischen den Angeklagten und dem Mann, der die Bomben warf . . . Die Berichte über den Fall zeigen, daß der Richter die Verhandlung mit bössartiger Brutalität führte . . .

Die Erinnerung an die Geheften von Chicago, die Märtyrer der ersten Kämpfe um den Achtstundentag, ist in der amerikanischen Arbeiterklasse lebendig geblieben. Aber auch die Arbeiter anderer Länder sollen heute, da der Kampf um das Leben Saccos und Vanzettis geführt wird, an die Helden von Chicago erinnert werden, die als Opfer des Klassenkampfes fielen zu einer Zeit, da die internationale Arbeiterschaft noch nicht stark genug war, ihnen beizustehen. Werden die Klassenrichter es wagen, Sacco und Vanzetti hinzurichten? Noch ist die endgültige Antwort auf diese Frage nicht gegeben.

# Terror in Rumänien

Den Anfang des blutigen rumänischen Terrors kann man vom Jahre 1907 an zurückdatieren, als die landarmen und ländellosen Bauern Rumäniens unter der Einwirkung der ersten russischen Revolution die Forderung der Landverteilung aufstellten. Der Aufstand wurde von demselben General Avarescu im Blut erstickt, der jetzt an der Spitze der Landesregierung steht. Hunderte von Dörfern wurden damals verbrannt und vom Artilleriefeuer zerstört. Zehn-, fünfzehntausend Bauern wurden hingschlachtet. Im Jahre 1909 bauten die Arbeiter auf den Straßen Bukarests Barrikaden im Kampfe gegen die Greuelthaten der Regierung. Die Führer der Arbeiter, Frimu, Marinescu, Christescu und andere wurden verhaftet und zu schweren Strafen verurteilt. Im Juni 1915 wurden 9 Arbeiter bei einer Demonstration in Galatz ermordet. Gegen die Einmischung Rumäniens in den Weltkrieg haben die rumänischen Werktätigen Massendemonstrationen veranstaltet. Die Führer dieser Bewegung, darunter auch der Genosse Rakowski, der damals ein Führer der rumänischen sozialdemokratischen Partei war, wurden verhaftet. Nach Beendigung des Krieges wurden in Moldau entsetzliche blutige Terrorakte der Regierung in Verbindung mit den vielen Streiks ausgeübt. Das Mitglied des ZK. der Kommunistischen Partei, Frimu, starb im Jahre 1919 an den Folgen der furchterlichen Folterungen und Mißhandlungen.

Im Mai 1921 wurde der gesamte Bestand des Parteitagess der rumänischen Sozialdemokratischen Partei wegen des Beschlusses für Beitritt zur Kommunistischen Internationale verhaftet. „Beim Verhör“ wurden 169 Delegierte, darunter 30 Frauen, so schwer mißhandelt, daß sie Verletzungen davontrugen. In Verbindung damit wurde der Prozeß der 270 geführt, wobei die Verhafteten in 22 Pfund schwere Ketten gelegt wurden.

Das rumänische Bauernorgan „Zaranismul“ veröffentlicht über den Terror in Bessarabien folgende Zahlen, die ein grausiges Bild über die Zustände in Rumänien geben:

In der Zeit von 1918 bis 1925 wurden von dem rumänischen Okkupationsheer in Bessarabien allein

**15 542 Menschen umgebracht.**

Eine besondere Einrichtung der Geheim- und Schutzpolizei, die sich über das ganze Land erstreckt, ist die Siguranza. Sie besitzt ihre eigene Verwaltung und verfügt über ein eigenes Telegrafennetz. Bei der Vernehmung von Verhafteten wendet die Siguranza die grausigsten mittelalterlichsten Foltermethoden an, vervollkommen durch die moderne Technik. Ein geübteter Gefangener aus Kischinew, ein Mitgefangener des heldenhaften bessarabischen Freiheitskämpfers, des Ingenieurs Sascha Gurow, der im Juli 1925 in Wien eintraf, teilte über die Foltertechnik der Siguranza folgendes mit:

„Die Folterung des Ingenieurs Gurow wurde vom Chef der Siguranza selbst geleitet. So oft er in Ohnmacht fiel, wurde er mit Wasser begossen, dann auf einen glühenden Rost gelegt, damit er „munter“ werde, wie sich dieser edle Polizeichef ausdrückte. Zur Folterung wurden folgende Instrumente angewandt:

1. Grad: Hundepeitsche, Eisenstange, Kautschukknüppel, Skorpionpeitsche (mehrschwänzig, mit Eisenspitzen an jedem Ende).

2. Grad: Daumenschraube, glühende Nadel zwischen Fingernägeln und Fleisch, Zusammenpressen der einzelnen Finger zwischen Tür und Türrahmen, Leitung eines elektrischen Stroms durch Ohren, Nase und Gaumen.

3. Grad: Sechsfacher Bruch des Unterarms mittels einer großen Tischerschraube. Einspannen in eine Art Prokrustesbett (Füße und Hände werden mit Stricken gefesselt, die durch eine Winde am Bette befestigt sind, vier Mann beginnen gleichzeitig diese Winde zu drehen, wodurch Oberarme und Füße aus den Gelenken gerissen werden). Abschaben des Wadenfleisches mit einem Schlächtermesser und langsames Durchstechen der Kniekehle, Vollpumpen mit Wasser.

Die Folterungen wurden in einem Zeitraum von 30 Tagen in Anwesenheit seiner Frau und seiner 5- und 6jährigen Kinder durchgeführt.“

Hand in Hand mit der Siguranza arbeitet die rumänische Gendarmerie, die über einen Bestand von 27 000 Personen verfügt, welche Zahl im ständigen Wachsen begriffen ist, während die Zahl der Lehrer ständig abnimmt. Alle sie sind damit beschäftigt, immer neue Opfer für die Gefängnisse zu liefern.

Das berüchtigtste Gefängnis ist „Doftana“, mit den furchtbaren Einzelzellen „Gherla“. Selten kommt einer der Gefangenen aus diesem Kerker lebend heraus. Einen schrecklichen Ruf genießt auch das Gefängnis „Jilava“ nahe bei Bukarest, das fast ganz unterirdisch ist. Im Gefängnis „Turgu-Okna“ müssen die Gefangenen in unterirdischen Gängen bei der Salzgewinnung arbeiten, wobei ihr Leben in steter Gefahr ist. Das Gefängnisregime ist ein derart grausames, daß die Hungerstreiks als Protest gegen die unmenschliche Behandlung zur ständigen Einrichtung geworden sind. Viele der Hungerstreikenden sterben im Gefängnis. Bekannt ist das Schicksal von Max Goldstein, der im vorigen Jahr nach 50tägigem Hungerstreik in einer halb-dunklen zementierten Einzelzelle in Doftana verstarb.

Das Gefängnis Doftana besteht fast ausschließlich aus Einzelzellen. Die Betten sind an die Wand geschraubt, werden tagsüber hochgeklappt, so daß die Gefangenen während des ganzen Tages stehen müssen. Alle Eingekerkerten leiden an Unterernährung. Der Schrecken der Gefangenen ist die Abteilung „H“, die Sektion der Foltern und Greuel. Hier schmachten sie in Hand- und Fußketten und werden dreimal wöchentlich dem „schwarzen Fasten“ unterworfen. Die oben erwähnte Gherla ist ein enges Zementkästchen, 20 Zoll breit, 8 Zoll tief und 2½ Ellen hoch, voll mit Läusen. In den Gherlas, angekettete Hände und Füße, eingepreßt, müssen die Gefangenen monate- sogar jahrelang sitzen, bis sie vom Tod erlöst werden.

Im Gefängnis von Jilava schließt man die „Disziplinierten“ auf 10 Tage in Zementkästen, so daß sie sich nicht bewegen können.

Nach dem Sturz der Bratianuregierung glaubte man, daß das schlimmste an Grausamkeit erreicht sei, daß die Ausübung des Terrors durch die Bratianuregierung nicht mehr übertrieben werden könnte. Doch die Avarescuregierung überflügelte noch ihre Vorgängerin. Eine der feigsten und abscheulichsten Taten dieser Regierung Avarescu war die Ermordung des bessarabischen Freiheitskämpfers Pavel Tkatschenko in der letzten Zeit.

Tkatschenko wurde in Benderi (Bessarabien) im Jahre 1892 geboren. Seine Familie, eine Eisenbahner-Arbeiterfamilie, nahm schon früher tatkräftig an der revolutionären Bewegung der Südukraine teil. Tkatschenko selbst galt schon vor der russischen Oktoberrevolution noch als Student in Odessa und Petersburg als ein unentwegter revolutionärer Kämpfer der damaligen russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Er setzte seine revolutionäre Tätigkeit gegen die Gegenrevolution in der Ukraine fort und wurde ein roter Soldat. Im Jahre 1920 wurde er von der Siguranza in Kischinew wegen Organisierung revolutionärer Arbeitergruppen verhaftet und im Prozeß der „300“ nach einem opfervollen Hungerstreik Hauptangeklagter. Unter dem Druck des Protestes des Proletariats wurde er nur zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus von Konstanza versuchte man, ihn zu beseitigen. Ein Vergiftungsversuch mißlang, ebenso ein Versuch, ihn „auf der Flucht“ zu erschießen. Dann gelang es ihm wieder einmal, aus dem Gefängnis zu entfliehen, doch wurde er nach 2 Wochen in Bukarest wieder verhaftet. Dann wurde gegen ihn und eine Reihe anderer Revolutionäre ein neuer Komplottprozeß veranstaltet. Der Protest des internationalen Proletariats rettete ihn wieder. In Freiheit gesetzt, reiste Tkatschenko ins Ausland und wurde nach seiner Rückkehr jetzt im August verhaftet. Die Bourgeoisie hat sich an ihm gerächt und ihn auf die schändlichste Weise ermorden lassen.



**General Avarescu, Ministerpräsident (1926), hat als rumän. Gallifet im Jahre 1907 die Hinrichtung von 11 000 Bauern geleitet.**

# Heraus zum 2. Reichskongreß!

Der vom Zentralvorstand für Ende Februar 1927 einberufene 2. Reichskongreß wird am Freitag, den 25. Februar, abends 6 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 13/15, eröffnet, und am Sonnabend, den 26. Februar, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße, weitergehen.

Am Sonntag, den 27. Februar, findet in ganz Deutschland ein Allgemeiner Rote Hilfe-Tag statt der überall mit Kundgebungen und Demonstrationen zu verbinden ist. Die Veranstaltungen am Sonntag sollen die breitesten Massen der Werktätigen auf die Kongreßarbeiten und Rote-Hilfe-Aufgaben aufmerksam machen und für die RHD gewinnen. Nur wenn das gelingt, wird der 2. Kongreß eine neue Etappe in der weiteren Entwicklung der Roten Hilfe einleiten.

Alle Mitglieder der RH müssen sich mit den Fragen, die der Kongreß zu behandeln hat, beschäftigen und ihre Erfahrungen über die bisherigen Arbeiten austauschen, um auf diesem Wege den kommenden Kongreß mitzubereiten.

In der Zeit vom 2. bis 22. Januar finden in allen Ortsgruppen Mitgliederversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Reichskongreß“, „Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz“.

Das Wahrgesetz für die Bezirkskonferenzen wird von den einzelnen Bezirksvorständen ausgearbeitet und den Ortsgruppenleitungen noch rechtzeitig mitgeteilt.

Die Bezirkskonferenzen müssen in der Zeit vom 23. Januar bis 13. Februar stattfinden. Anträge der Ortsgruppen und Kollektivmitgliedschaften für den Reichskongreß müssen auf den Bezirkskonferenzen behandelt werden. Von den Bezirkskonferenzen angenommene Anträge für den Reichskongreß sind dem Zentralvorstand bis spätestens 17. Februar zu übermitteln. Später eingehende Anträge können auf dem Reichskongreß nicht mehr behandelt werden.

Die Wahl der Organisati-

onsdelegierten zum Reichskongreß erfolgt auf den Bezirkskonferenzen nach folgendem Schlüssel:

Auf je 2000 zahlende Einzelmitglieder kommt ein Delegierter. Beträgt der Rest der Einzelmitglieder 1000 und mehr, so entfällt hierauf ein weiterer Delegierter. Bezirke mit weniger als 2000 Mitgliedern entsenden aber einen Delegierten. Für die Berechnung der Delegiertenzahl werden die Dezember-Berichte zugrunde gelegt.

Die Kollektivmitgliedschaften entsenden ihre Vertreter zum Reichskongreß nach folgendem Schlüssel:

Bis 2000 Mitglieder 1 Delegierter; von 2001 bis 10 000 Mitglieder 2 Delegierte; von 10 001 bis 50 000 Mitglieder 3 Delegierte; von 50 001 bis 100 000 Mitglieder 4 Delegierte; über 100 000 Mitglieder 5 Delegierte.

Die Delegationskosten für die Organisationsdelegierten übernimmt die Organisation, und die Kosten für die Delegierten der Kollektivmitgliedschaften sind durch die Kollektivmitgliedschaften zu tragen.

Der Zentralvorstand wird zur öffentlichen Propagierung des Kongresses und zum Rote-Hilfe-Tag am Sonntag, den 27. Februar, ein Werbeplakat zur Verfügung stellen. Ferner wird zur Finanzierung der Bezirkskonferenzen und des Reichskongresses eine Kongreßmarke herausgebracht, die zu 10 Pf. verkauft wird. Diese Kongreßmarke soll nicht nur an die Mitglieder der Roten Hilfe verkauft, sie muß vielmehr auch unter den breitesten Kreisen der mit der Rote-Hilfe-Arbeit Sympathisierenden abgesetzt werden. Wenn alle Mitglieder und Arbeitsgruppen ihre Pflicht restlos erfüllen, dann wird es uns sicher möglich sein, eine halbe Million dieser Marken abzusetzen.

Der 2. Reichskongreß hat große Aufgaben zu erfüllen. Die Gewinnung der breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung ist das zentrale Problem der nächsten Aufgaben.



Propagandaplakat zum II. Reichskongreß, herausgegeben vom Zentralvorstand.

## Gebt Max Hoelz frei!

In dem Fall unseres Genossen Max Hoelz ist eine entscheidende Wendung eingetreten. Vor dem Reichsamnestieausschuß des Deutschen Reichstages haben am 2. November die Rechtsbeistände des Genossen Hoelz berichtet, daß sich ein Teilnehmer der Hoelzschen Truppe aus den Märzkämpfen 1921 gemeldet habe, der bekennt, die Schüsse auf den Gutsbesitzer Heß, die Max Hoelz zur Last gelegt werden, abgegeben zu haben.

Der Reichsamnestieausschuß konnte sich diesen Tatsachen gegenüber nicht verschließen. Zwar kam er zu keiner Entscheidung über die Anträge der Verteidiger, aber unter dem starken Eindruck der mitgeteilten Tatsachen vertagte er sich mit dem Hinweis, daß das Wiederaufnahmeverfahren nun gewiß in Gang käme.

Wie stark außerdem noch andere Widerstände sein werden, geht aus der Nachtausgabe des Hugenbergschen „Tag“ vom 4. November hervor.

„Selbst wenn ein Wiederaufnahmeverfahren gegen Hoelz zustande kommen sollte, würde aber nach Ansicht fast aller Mitglieder des Amnestieausschusses des Reichstages noch so viel gegen Hoelz aus dem kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland vorliegen, daß nicht etwa seine Befreiung aus dem Zuchthaus zu erwarten wäre.“

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Wir zitieren nach der bürgerlichen „Sonntagszeitung“ in Stuttgart vom 13. Juni 1926:

„Seit der Verurteilung des roten Generals Hoelz sind fünf Jahre ins Land gegangen; Minister sind gekillt worden, linke und rechte Un-

bequeme sind von Rechtsradikalen umgelegt worden; einige Verurteilungen und geglückte Entweichungen (Rechter) sind geschehen. Amnestien sind erlassen worden; profitiert haben von ihnen die politischen Verbrecher von rechts. Die von links sitzen weiter. Auch Hoelz. Da man ihn dadurch infamiert hat, daß man ihn als gemeinen, nicht als politischen Verbrecher verurteilt hat, hat ihm keine Gnade gewinkt. Ja, als nach der Ermordung Rathenaus eine Amnestie zugunsten der an den Abwehrkämpfen gegen die Kapp-Putschisten Beteiligten und die Aufständischen aus den Kämpfen um Ostern 1921 erlassen wurde, hat es der Sozialdemokrat Heilmann fertig gebracht, im Preussischen Landtag zu verlangen, daß Hoelz von der Amnestierung ausgeschlossen bleibt.“

Der Fall Hoelz ist noch lange nicht erledigt. Die Republik hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Ungerechtigkeiten, die in ihrem Namen begangen worden sind, wieder gutzumachen. Eine unangenehme Pflicht: kein Wunder, daß sie sich dagegen sträubt, sie zu erfüllen. Aber sie wird ihr nicht geschenkt werden. Die Gegner des legalen weißen Terrors werden ihr schlafendes Gewissen wecken. Max Hoelz muß frei werden!“

Die Entscheidung über das Wiederaufnahmeverfahren für Max Hoelz fällt letzten Endes der 4. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Herrn Niedner, der der Vater der Niedner-Justiz ist, deren Bluturteile so bekannt sind, daß sie keines Kommentars mehr bedürfen. Hier liegt das stärkste und mächtigste Hindernis.

Heute aber ist es „eine Selbstverständlichkeit“, wie die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ am 13. November schrieb, „daß Hoelz, der seit Jahren im Zuchthaus sitzt, nachdem sich jetzt seine Unschuld erwiesen hat, sofort auf freien Fuß gesetzt wird.“

Die Forderung der sozialdemokratischen „Frankfurter Volksstimme“ ist die Forderung der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

# Die weiße Pest

Von E. Wollenberg.

Die folgenden trockenen Zahlen beziehen sich auf das Friedensjahr 1925, in dem es weder „Rebellionen“ noch „Meutereien“ noch Aufstände gegeben hat.

In diesem Jahre wurden in den kapitalistischen Ländern verhaftet . . . . . 59 065 Personen  
verwundet und geprügelt . . . . . 20 650 „  
getötet oder zu Tode gefoltert . . . 11 853 „  
Insgesamt 91 568 Opfer des  
weißen Terrors

Es ist zu bemerken, daß diese Tabelle nur Material umfaßt, das der IRH. zur Verfügung stand, wie groß mag die Zahl jener Namenlosen sein, die die weiße Pest spurlos verschlungen hat und die nicht registriert werden konnten!

32 503 Freiheitskämpfer sind in diesem einen Jahre verwundet, ermordet oder zu Tode gequält worden!

Einige Beispiele der raffinierten Klassenrache der Bourgeoisie:

**Bulgarien:** Der verhaftete Jüngling Glowow wurde des Nachts in den „trockenen Saal“ geführt. Man band ihm die Hände mit Messingdraht, der dann mit besonderen Werkzeugen zusammengezogen wurde, in der nächsten Nacht wurde diese Prozedur wiederholt. Darauf ließ man ihn sein eigenes Grab graben und gab einen Schuß auf ihn ab. In der nächsten Nacht wurden ihm große Fleischstücke aus der Brust geschnitten, um ihn zu Geständnissen zu zwingen. Endlich warf man den Halbtoten in die Feuerung der Dampfheizung, wo er auch verbrannte.

Dem Bruder des bekannten Arbeiterführers Dimitrow wurden aus dem Gesäß Fleischstücke ausgeschnitten. Dann legte man seinen Kopf in eine Presse und zermalmte ihn langsam.

Genosse Mandow endete ebenfalls im „trockenen Saal“. Dort begann man, ihm langsam und überlegt Fleischstücke aus dem Körper zu schneiden: Ohren, Nase, Geschlechtsteile usw. Er atmete noch, als man ihm die Augen ausschneidete. Die Reste verbrannte man im Kessel der Dampfheizung.

Das sind nur wenige Beispiele aus einem kleinen Balkanland — Bulgarien.

Aber die ganze Balkanhalbinsel ist eine Hölle des weißen Terrors. Rumänien steht Bulgarien in nichts nach. Alle erinnern sich des Genossen Pavel Tkatschenko, an seine grausame Ermordung. Drei Wochen lang wurde er im Bukarester Gefängnis, an Händen und Füßen gebunden, mißhandelt und gequält — schließlich wurde er bei einem „Fluchtversuch“ erschossen.

Die Faschistenregierungen Estlands und Finnlands eifern in edlem Wettstreit den Balkanländern nach. Hier werden andere Methoden angewendet: Zusammenpressen des Brustkorbes, Zerstampfen des Körpers, Quetschen der Geschlechtsteile. In Estland kommt noch das „elektrische Bad“ hinzu.

Das Polen Pilsudskis und Italien wollen nicht zurückbleiben. Wir führen nur einige Zahlen für Italien an:

Juni 1926: 5 Tote, 75 Verwundete und zu Krüppel Geschlagene, 283 Verhaftungen.

September 1926: 3 Tote, 13 Verwundete, 50 Ueberfälle, 2750 Verhaftungen, 12 Verurteilungen, 3846 Haussuchungen, 19 Zeitungsbeschlagnahmen und 17 Auflösungen von Arbeiterorganisationen.

Ueber die kolonialen Gepflogenheiten der „zivilisierten Nationen“ gibt die folgende Zeitungsnotiz Aufschluß:

„Auf Veranlassung der französischen Behörden brachte man bei den Bauern des Kreises Domotschansk die schwersten Repressalien zur Anwendung. Diese Bauern wurden mit ihrem Vieh lebendig verbrannt. Im Dorfe Muina sind

von den Soldaten 3 Bauern und ein 12jähriger Hirtenjunge lebendig verbrannt worden.“

Ueber die Wohltaten des englischen Imperialismus in Indien, Aegypten, China unterrichten die Zeitungen täglich jeden Wißbegierigen.

Zum Schluß bringen wir kurze statistische Angaben, in denen eine Unsumme von Greueln und Qualen vereint ist:

Im Jahre 1925 haben die entsetzlichen Mißhandlungen in 52 kapitalistischen Staaten zu 74 Hungerstreiks geführt, an denen sich 3922 Gefangene beteiligten. Es waren insgesamt 45 609 Hungertage.

Das geschah im „Friedensjahr 1925“. Im Jahre 1926 war die Ernte der weißen Pest noch furchtbarer.

Wenn wir an die vielen Opfer des weißen Terrors denken, die Tag für Tag in den Gefängnissen der kapitalistischen Welt unbeschreiblichen Foltern und Qualen ausgesetzt sind,

oder „beim Fluchtversuch“ einer verräterischen Kugel zum Opfer fallen, dann dürfen wir eins nicht vergessen: Alle diese Mussolinis, Horthys, Pilsudskis könnten ihr Henkerwerk keine einzige Stunde mehr ausüben, wenn nicht die Führer der Sozialdemokratie ihre schmachvollen Taten unterstützen und billigen würden.



Die weiße Pest.

## Entfüllungen über den deutschen Strafvollzug

Amtsenthbung des Gefängnisdirektors von Neumünster

In Nummer 11 des „Roten Helfers“ haben wir ausführlich berichtet, daß der Gefängnisdirektor von Neumünster gemeinsam mit dem Rathenau-Mörder, Oberleutnant

Brandt, tägliche Spaziergänge unternommen hat. Zu diesem Artikel erbrachten wir durch eine photographische Aufnahme den dokumentarischen Beweis für unsere Behauptung.

Das hat gewirkt! Der Amtliche Preußische Pressedienst vom 16. November 1926 teilt mit, daß gegen den Strafanstaltsdirektor in Neumünster der Vorwurf erhoben worden sei, daß er den Oberleutnant a. D. Brandt während seiner Straffhaft unzulässige Vergünstigungen und Freiheiten gewährt habe. (Gemeint ist die Veröffentlichung im „Roten Helfer“.) Die Justizverwaltung hat, sobald ihr dies bekannt geworden war, sofort die zur Feststellung des Sachverhalts nötigen Untersuchungen eingeleitet. Dieselben sind noch nicht abgeschlossen. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob und welche Disziplinarmaßnahmen gegen den Direktor zu treffen sind.

Der Direktor befindet sich zur Zeit nicht mehr im Dienst. Die Justizverwaltung hat einen Vertreter nach Neumünster beordert.

Wir werden über den Verlauf der Angelegenheit weiter berichten.

Unseren R.-H.-Korrespondenten in den Bezirken zeigt dieser Fall deutlich, was durch sofortige, systematische, auf Tatsachen sich stützende Berichterstattung zu erreichen ist.

R.-H.-Korrespondenten, seid auf der Hut, berichtet schnell, kurz, möglichst mit Bildern. Auch das, was euch nicht so wesentlich erscheint, meldet uns. Baut unseren „Roten Helfer“ zur schlagkräftigen Waffe gegen Klassenjustiz und Strafvollzug, für die Amnestie unserer politischen Gefangenen aus.

Zur Aufrechterhaltung der Kinderheime, für die Auszahlung der doppelten Unterstützung im Weihnachtsmonat und für den Rechtsschutz braucht die RHD.

240 000 Mark.

HELFT MIT AN DER WINTERHILFE.



# Internationale Gewerkschaftsverfolgungen

Solange eine freie Gewerkschaftsbewegung besteht, hat die Bourgeoisie versucht, dieselbe mit allen Mitteln zu unterdrücken oder ihr wenigstens durch Maßnahmen der Gesetzgebung resp. durch moralische und materielle Korruption ihrer Führer ihren Klassenkampfcharakter zu nehmen. Gegenwärtig ist die Technik der Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung zu außerordentlicher hoher Vollendung gelangt. Abgesehen davon, daß es gelungen ist, die meisten Gewerkschaften in das Fahrwasser der Arbeitsgemeinschaft der Klassen zu leiten, wendet der Kapitalismus alle Methoden der versteckten Unterdrückung durch die Maschinerie der Gesetzgebung und des offenen Terrors an. Ein kurzer Ueberblick mag beweisen, bis zu welcher Vollendung der kapitalistisch-staatliche Unterdrückungsapparat gediehen ist.

In Deutschland haben wir heute besonders legale Unterdrückungsmethoden, wie sie durch die Verfassung der demo-

Einwanderer werden von den französischen Kapitalisten ebenso gegen die einheimischen Arbeiter ausgenutzt wie in Deutschland die Arbeitslosen gegen die Erwerbstätigen. Die reformistischen Gewerkschaften, deren Mitglieder unter diesem Zustand genau so leiden wie die der revolutionären Organisationen, wenden sich hilflos an Regierung und Parlament, also an dieselben Institutionen, welche im Interesse der Unternehmer die erwähnten arbeiterfeindlichen Gesetze und Verordnungen erlassen haben.

In Frankreich selbst sucht die Bourgeoisie noch ein wenig die äußeren Formen der Demokratie zu wahren. In den afrikanischen Besitzungen hingegen äußert sie ihre Arbeiterfeindlichkeit in der brutalsten Weise. Unvergessen ist noch, wie im September 1924 in Bizerta (Tunis) die Polizei der von den Sozialdemokraten unterstützten Linksregierung auf streikende eingeborene Hafnarbeiter schießen ließ. Durch dieses Ereignis



Streikposten in Passaic mit Gasmasken und Stahlhelmen ausgerüstet.

kratischen Republik gegeben sind. Während der Revolution und der revolutionär zugespitzten Situation des Jahres 1923 zeigte die deutsche Bourgeoisie, daß sie auch völlig bereit und fähig ist, den unverhüllten weißen Terror gegenüber den Gewerkschaften anzuwenden. Unvergessen ist noch die Verhaftung der Führer des Buchdruckerverbandes und der Mühlenarbeiter während der Streiks dieser beiden Berufsgruppen Ende 1923. Seitdem sind aber die Unternehmer zu den bewährten Kampfmitteln der arbeiterfeindlichen Gesetzgebung und des Verwaltungsapparates zurückgekehrt. Sie kämpfen durch die „Teno“, durch den Schlichtungszwang, durch Arbeitszeitverordnungen, durch Streikpostenverfolgungen, durch Beamtenabbau, durch das Dawes-Gesetz und ähnliche Dinge gegen eine revolutionäre Entwicklung der Gewerkschaften. Die reformistischen Gewerkschaftsführer leisten ihnen dabei getreulich Hilfe, indem sie die Arbeiter davon zu überzeugen suchen, daß man sich gegen „gesetzliche Tatsachen“ nicht wehren dürfe. Ein krasses Beispiel der Unterwerfung der Reformisten unter die antigewerkschaftliche Klassengesetzgebung lieferte der Hamburger Hafnarbeiter, bei welchem die Gewerkschaftsführer unter Hinweis auf einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch trotz günstiger Kampfsituation zur Arbeit zurücktrieben. Etwas anders ist das Bild in Frankreich. Im Gegensatz zu Deutschland und den meisten anderen Ländern ist dort nicht Arbeitslosigkeit, sondern Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen. Der Hauptgriff richtet sich daher gegen die Einwanderer, von denen etwa 3 Millionen vorhanden sind. Innen spricht das Gesetz jedes Koalitionsrecht ab und weist sie rücksichtslos aus, wenn sie für die unitarischen (revolutionären) Gewerkschaften tätig sind. In den letzten Tagen wurden die Ausländerbestimmungen durch einen Erlaß des Innenministers noch verschärft. An vielen Orten, wo fast ausschließlich Ausländer beschäftigt sind, ist es geradezu unmöglich, gewerkschaftliche Ortsgruppen zu bilden, weil das französische Gesetz vorschreibt, daß die Vorstandsmitglieder Franzosen sein müssen.

Diese Vorschriften richten sich nicht nur gegen die direkt betroffenen ausländischen Arbeiter, sondern auch gegen das französische Proletariat, dem es außerordentlich schwer gemacht wird, das Millionenheer der fremden Arbeiter in die gewerkschaftlich organisierten Kampfreihen einzugliedern. Die

wurden die eingeborenen Arbeiter zur Organisation veranlaßt. Sie gründeten den Tunesischen Gewerkschaftsbund (CGTT), der nach kurzer Zeit 10 000 Mitglieder zählte. Da verhaftete die Regierung einfach die Führer dieser Bewegung und stellte sie nach langer Untersuchungshaft vor Gericht. Dieses verurteilte sie zu 5 bis 15 Jahren Verbannung.

In England haben die mit dem Generalstreik und dem Bergarbeiterkampf zusammenhängenden Ereignisse die demokratische Maske von dem Gesicht der herrschenden Klassen heruntergerissen. Im Interesse der Grubenbesitzer verkündete die Regierung den Ausnahmezustand, organisierte Streikbrecherbanden, nahm Massenverhaftungen vor, verurteilte Hunderte von Streiksündern zu Gefängnis- und Geldstrafen, schaffte durch Parlamentsbeschluß den 7-Stundentag der Bergarbeiter ab und droht, die Bergarbeiter durch Entziehung der ihren Familien bisher gewährten Armenunterstützung und -speisung auszuhungern. Während des Generalstreiks wurden mehr als 5000 Arbeiter vor Gericht gestellt. Von den 4000 Mitgliedern, welche die Kommunistische Partei Englands damals zählte, wurden nicht weniger als 1200 gerichtlich verfolgt und 400 zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Ferner wird ganz ernsthaft daran gedacht, die Gewerkschaften für Streikbeschlüsse ohne Kündigung der bestehenden Lohnabkommen schadenersatzpflichtig zu machen und den Streikpostendienst zu verhindern. Es entspricht dies dem Standpunkt der Regierung während des Generalstreiks, daß dieser Streik illegal und die Gewerkschaften schadenersatzpflichtig seien. Ein von der Regierung vorbereiteter Gesetzentwurf sieht vor, daß grundsätzlich jeder Generalstreik für ungesetzlich erklärt, daß das Recht des Streikpostenstehens wesentlich eingeschränkt wird und auch Einzelstreiks nur nach geheimer Urabstimmung unter behördlicher Kontrolle zulässig sind. In der Vergangenheit wurden übrigens schon Gewerkschaften zum Ersatz von durch Streik entstandenen Schaden verurteilt, so im Jahre 1901 der Eisenbahnerverband zu 25 000 Pfund (100 000 Goldmark) Schadenersatz wegen eines Streiks bei der Taif-Vale-Eisenbahngesellschaft. Gegenwärtig führt die bürgerliche Presse eine Campaigne für die Verhaftung des Bergarbeiterführers Cook. Also die demokratische Bourgeoisie versteht sich sehr wohl auf die Terrorisierung der Gewerkschaften.

(Fortsetzung folgt.)

# Sozialdemokraten und Rote Hilfe

Auf dem ersten Landeskongreß der Roten Hilfe Schweiz waren verschiedene sozialdemokratische Arbeiter als Delegierte oder Gäste anwesend und haben sie auch in die Diskussion eingegriffen. Sie bekannten offen, daß sie bisher der RH. feindlich gegenüberstanden, weil die sozialdemokratische Presse an der RH. keinen guten Faden lasse und sie immer als eine kommunistische Organisation verleumdete. Nun sie auf dem Kongreß von der Tätigkeit und Aufgaben der RH. gehört, seien sie bereit, in der SP. dafür zu wirken, daß die RH. auch unter jenen Arbeitern bekannt und anerkannt werde; denn sie sei eine Organisation, die von jedem ehrlichen Arbeiter unterstützt werden müsse. — Ein sozialdemokratischer Arbeiter schickte uns nun folgende Zeilen zum Kongreß:

Fast widerstrebend und ohne jede Begeisterung folgte ich der Einladung zum Kongreß der Roten Hilfe Schweiz. Denn just

## Verdoppeln wir die Auflage des „Roten Helfers“

Bestellungen sofort an Rote Hilfe Schweiz, Zürich, Ottikerstraße 35, Postscheck VIII/10489

Die Deutung „Kongreß“ ist mir in der sozialdemokratischen Bewegung im Verlaufe der Jahre und durch vergleichende parteipolitische Erkenntnis zum Inbegriff der Enttäuschung, der Schablone, der Phrase und der Lüge geworden. Fürwahr, was hat das leidende Proletariat, die werktätige Bevölkerung, was haben die denkend prüfenden Sozialisten und Menschen von helfender und befreiender Wirksamkeit verspüren und erleben können aus all den unzähligen, automatisch organisierten und überaus schwatzhaft durchgeführten sogenannten internationalen Kongressen? Nichts als hohle und gewundene Resolutionen, um die man tagelang feilschte und kreischte, und die stilistisch und inhaltlich das Stigma der Verlegenheit und der Unwahrheit tragen. Das sind doch wahrhaftig keine Leben und Fortschritt fördernde Taten einer Arbeiterinternationale. Die Resultate waren daher auch eine einzige Folge von schmählichen Zusammenbrüchen und beschämenden Ohnmächten. In materieller Hinsicht bleibt noch ein mehr oder minder kostspieliger bürokratischer Apparat; in moralischer Hinsicht lähmender Zweifel, wütender Zorn und strahlende Verachtung aller aufrichtiger Gemüter in der Arbeiterbewegung. Das ist das Werk der Unfähigkeit und Unehrllichkeit der Führer einerseits und der ebenso verhängnisvollen Gleichgültigkeit und Ignoranz der Massen andererseits.

In dieser Stimmung machte ich die Hinfahrt von Luzern nach Zürich zum RH-Kongreß und mit solchen Gefühlen begann mein erster Kongreßbesuch. Indes die ruhige, taktvolle

## Weihnachten in der Zelle von Max Hoelz

Von Artur Dombrowski.

Von den 500 Strafgefangenen im Kletschkauer Gefängnis zu Breslau war es Max Hoelz, der nicht nur das Interesse aller Insassen, sondern auch das der Besucher auf sich zog. Von dem „Roten General“ sprach jeder in der Anstalt, obwohl ihn nur wenige Gefangene näher kannten und die Zahl derer, mit denen er mal ein Wort wechseln konnte, gering war.

Die außerordentlich starke Bewachung brachte es mit sich, daß Max Hoelz vollkommen isoliert war. Obwohl er schon länger als vier Jahre eingekerkert war, saß er immer noch in Einzelhaft. Als einzige Konzession errang er nach schweren Kämpfen die Erlaubnis, mit einem kriminellen Mitgefangenen zusammen in die Freistunde zu gehen. Als einige Genossen 1923/24 nach Kletschkau kamen, versuchte Max Hoelz vergeblich die Genehmigung zu erhalten, in Gemeinschaft mit diesen in die Freistunde zu gehen. Dies wurde ihm abgelehnt; er sollte weiter mit der Welt, mit der ihn jeder Puls- und Herzschlag verband, getrennt bleiben.

Im Oktober 1924 kam ich zum zweitenmal nach Kletschkau. Im Dezember hörte ich durch Mitgefangene, daß Max alle Anstrengungen mache, um zu erreichen, daß ich ihm als Begleiter für die Freistunde beigegeben werde. Eines Tages ließ mich der Direktor in das Verhörzimmer rufen und teilte mir mit, Hoelz habe den Antrag gestellt, mit mir gemeinsam in

und arbeitslose Führung, sowie auch die freimütige Aussprache und die fast reibungslose Organisation der Zusammenkunft hat meinen Pessimismus gebrochen und allmählich in frisch gläubigen Optimismus umgewandelt. Dem die Gesamtorganisation der „Roten Hilfe“ dokumentiert augenfällig den Willen zur „heilenden Macht“. Hier walten Kräfte der Solidarität, hier weht ein brüderlicher Geist der übernationalen Gesinnung, da sucht und wandelt man den Weg der gegenseitigen Verständigung und Mitarbeit. Aus mannigfaltigen Gefahren und Hemmungen, aus dem furchtbaren Ernst der wirtschaftlichen und politischen Krise, aus dem Opfer, Unglück und Leid von Millionen von Verfolgten und der Willensfreiheit Beraubten, erhebt langsam, aber verheißungsvoll jene Internationale der Kraft, der Befreiung, der Liebe und des Kampfes, die ich bis jetzt nur träumend-sinnend schauen dürfte.

Die Internationalen der Nur-Politiker und Taktiker mußten — sich immer wieder spaltend — versagen; die Internationalen der auswirkenden Hilfe und Arbeit aber muß solidarisch bindend aufbauen.

Durch Leiden, durch Kampf und Mühe schreiten wir vorwärts zur schöpferischen Tat eines lebendigen Sozialismus, zur Freude und zum Sieg einer bessern Menschlichkeit.

Fr., Luzern.

Eine andere sozialdemokratische Stimme:

„Wir Sozialdemokraten mußten am Kongreß der R. H. Schweiz Kritik an unserer Partei hören. Ich aber muß sagen, daß diese Kritik voll und ganz berechtigt ist. Ich war früher auch Gegner der R. H., weil ich nur die sozialdemokratische Presse gelesen, in der die R. H. nur heruntergemacht wurde. Jetzt habe ich mich entschlossen, dafür zu sorgen, daß noch mehr Sozialdemokraten Mitglied der R. H. werden. Ich gebe mich dabei keinen Illusionen hin. Es wird schwer sein. Aber die schlechtesten Sozialdemokraten werden es nicht sein, die sich der R. H. anschließen. Glaubt nur nicht, daß wir Arbeiter mit allem einverstanden sind, was in der sozialdemokratischen Partei geht.“

K., Zürich.

Wir wissen, daß noch viel Tausend sozialdemokratische Arbeiter so denken, wie ihre Kameraden es hier ausgesprochen

## In Wronki gibt es 70 politische Gefangene und in Cottbus deren 30. — Wieviel Schweizer Arbeiter wollen ihnen und ihren Angehörigen Paten sein?

haben. Aber man soll nicht nur so denken, sondern auch so handeln und schon das öffentliche Bekenntnis ist eine Handlung. Wir sind gerne bereits, weitere Stimmen von sozialdemokratischen Arbeitern über die R. H. hier zu veröffentlichen, sobald uns solche zugehen.

wt

die Freistunde zu gehen. Gleichzeitig ließ er durchblicken, daß ihm dieser Antrag schlaflose Nächte bereitet habe und er, aufatmen würde, wenn ich erklärte, daß ich — da ich mit zwei anderen Genossen bereits in die verlängerte Freistunde gehe — auf eine Aenderung des bisherigen Zustandes keinen Wert lege. Selbstverständlich erklärte ich dem Direktor, daß der Antrag von Max Hoelz sich mit meinem längst gehegten Wunsch begegne. Nach diesem fehlgeschlagenen Versuch, mich zu beeinflussen, lehnte der Direktor den Antrag von Max rundweg ab. Aber Hoelz wußte auch hier Rat. Wenige Tage vor Weihnachten stellte er beim Strafvollzugspräsidenten den Antrag, man möge ihm gestatten, mit seinem Genossen Dombrowski Weihnachten zusammen zu verleben. Um dem Verdacht zu begegnen, daß er mit mir irgendwelche Pläne schmiede, erklärte er sich damit einverstanden, daß der bisherige Freistundenbegleiter Schwarz bei unseren Zusammenkünften dabei sei. Damit hatte Genosse Hoelz, der nicht nur in offener Feldschlacht, sondern auch im Kampf gegen die Gefängnisbürokratie ein geschickter Stratege ist, die Einwände seiner Feinde im voraus niedergeschlagen. Wohl oder übel mußte daher der Strafvollzugspräsident zur großen Ueberraschung und zum Schrecken der Anstaltsleitung Maxens Antrag genehmigen. Die Anstaltsleitung hatte es aber für notwendig gehalten, die Genehmigung des Antrages uns solange als möglich zu verheimlichen.

Der sogenannte „heilige Abend“ und die damit verbundene, von „Wohlwollen“ und Herablassung trübende Feier kam heran. Ich nahm in der Absicht teil, bei dieser Gelegenheit durch Maxens Freistundenbegleiter zu erfahren, ob sein Antrag genehmigt sei. Die Abteilungen rückten einzeln mit ihren

# Aus den Bruderorganisationen

## Der Aufbau der Roten Hilfe der Sowjetunion

Die „Rote Hilfe“ der Sowjet-Union, die seit ihrem Bestehen die besten Beweise der Solidarität mit den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz und des weißen Terrors erbracht hat, ist die größte Organisation der I. R. H. Rund 5 000 000 Arbeiter, Bauern und Rotarmisten sind in ihr vereinigt. Die nachfolgenden Ausführungen des Genossen Ries zeigen den Aufbau und die Zusammensetzung dieser gewaltigen Organisation.

Die Leitung der gesamten Rote-Hilfe-Arbeit in der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (U. d. S. S. R.) liegt in der Hand des Zentral-Komitees, das auf dem Ersten Allrussischen IHR-Kongress vom 18. Mai 1925 gewählt wurde und aus 31 Personen besteht. In dieser Zahl befinden sich außer den Vertretern befreundeter Organisationen, Delegierte aus den stärksten Organisationen wie Moskau, Leningrad, Ukraine, Nordkaukasus, Wjatka, Ural, Weißrußland, Usbekistan usw.

Auf dem Territorium der U. d. S. S. R. befinden sich 7 Nationalkomitees der IRH (Ukraine, Weißrußland, Usbekistan, Turkmenistan, Armenien, Georgien, Aserbeidschan) ein besonderes Komitee für den Nordkaukasus, 15 Gebietskomitees (Tartarengebiet, Tschuwaschengebiet, Wolgadeutsche Republik, Kirgisenrepublik, Krim usw.), 46 Gouvernementskomitees (Gouv. der R. S. F. S. R. und Sibiriens) und 57 Bezirkskomitees. Außerdem gibt es noch die folgenden Unterorganisationen: 432 Kreiskomitees, 840 lokale Unterkomitees, ferner über 1000 Landbezirkskomitees.

Die Basis der ganzen Organisation sind die Zellen; wovon es in der U. d. S. S. R. 42 955 mit

5 057 260 Mitgliedern gibt.

Der gewaltige Umfang der Organisation und der Arbeit (127 Hauptkomitees mit 2270 Unterkomitees, durch die insgesamt 42955 Zellen mit 5 Mill. Mitgliedern erfaßt werden) findet seine Erklärung in dem großen Territorium der U. d. S. S. R. und in der Sympathie der breiten werktätigen Massen für die Lösungen und die Kampffragen des internationalen Proletariats.

Nach der sozialen Lage setzt sich die Mitgliedschaft der I. R. H. in der Union folgendermaßen zusammen:

Arbeiter 39%, Bauern 22%, Angestellte 29% und sonstige Mitglieder (Schüler, Rotgardisten, Arbeiterfrauen) 10%, d. h. Arbeiter und Bauern bilden 61% unserer gesamten Organisation.

Bei einer Gliederung nach Zellen ergibt sich folgendes Bild:

Arbeiterzellen 11 168, 26%; Bauernzellen 15 464, 36%; Angestellzellen 12 457, 29%; sonstige Zellen 3866, 9%.

Von den Mitgliedern entfallen 75% auf männliche, 25% auf weibliche Personen. Zu erwähnen ist noch die große Zahl von Kindern, die der I. R. H. angehören.

Die Mitgliedschaft setzt sich in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit, und zwar zu 84% aus Parteiloosen zusammen. Auch die Komitees bestehen zu über 50 Prozent aus parteilosen Mitgliedern. Das bedeutet, daß durch unsere Organisation große Massen dem politischen Leben zugeführt werden.

Aber nicht in der Zahl allein liegt die Kraft unserer Organisation, sondern vor allem zeigt sie sich in ihrer lebendigen Arbeit und in der unmittelbaren Aktivität der IRH-Zellen und Komitees.



Rote Hilfe-Versammlung in Moskau.

Höckern nach der Baracke, in der die Feier vor sich gehen sollte. Gewöhnlich kam dann als letzter, begleitet von zwei bis an die Zähne bewaffneten „erprobten“ Beamten auch Max Hoelz an. Mein Warten aber war diesmal vergeblich. Der Genosse kam nicht. Es scheint wohl Krach gegeben zu haben, dachte ich, deshalb bleibt er oben. Doch meine Vermutung war falsch. Am Ende der Veranstaltung ließ mich der Strafvollzugspräsident rufen und teilte mir mit, daß er mir gestattet habe, die Weihnachtsfeier mit Max Hoelz zusammen zu verleben. Auch Hoelz wurde durch zwei Beamte heruntergeholt und es wurde ihm die gleiche Mitteilung gemacht.

Am nächsten Morgen wurde ich noch vor Verteilung des Frühstücks aus meiner Zelle herausgelassen und begab mich nach der Station A III. Vor Maxens Zelle 183 wartete ich auf den Wachtmeister und den Gefangenen Schwarz, der als dritter Mann dabei sein sollte. Als ich durch den „Spion“ blickte, war Max bereits ungeduldig und rief: „Der Wachtmeister soll den Schwarz holen.“ Endlich kam Schwarz. Die Zelle wurde geöffnet, und ich stand vor Max, der mir beide Hände kräftig schüttelte. „Das hat lange gedauert“, sagte er und schilderte mir, welchen Kampf es ihn gekostet hatte, endlich durchzusetzen, daß er wenigstens für mehrere Tage mit einem Genossen zusammen sein konnte. Nun tranken wir gemeinschaftlich Kaffee. Ich hatte den von der Anstalt an die Gefangenen gelieferten Stollen mitgebracht. Als ich ihn auspacken wollte, schimpfte mich Max aus und sagte, daß er besseren Kuchen bekommen habe. Ich mußte kräftig zulang. Bald war unser Gespräch in bestem Fluß. Wir unterhielten uns zuerst über Bücher, die wir in letzter Zeit gelesen. Ich erwähnte „Der Narr in Christo Emanuel Quint“ von Gerhart

Hauptmann. Auch Max hatte es gelesen. Es hatte ihn stark ergriffen. „Gewiß war Quint ein Narr“, sagte er, „aber die Art, wie er selbstlos seine ganze Person in den Dienst seiner Idee stellte, war es, die ihm das Vertrauen und die Liebe der Armen erwarb. Darauf kommt es an, nicht, auch Revolutionär und auch Kommunist, sondern so stark Revolutionär und Kommunist zu sein, daß jede, auch die geringste Handlung, davon zeugt. Und wenn du heute in der Oper bist oder beim Weibe schläfst, darfst du dich den Genüssen nicht restlos hingeben. Mitten in der größten Freude und Teilnahme an allgemein menschlichen Genüssen muß immer noch ein Funke in dir glühen: Du bist revolutionär.“ Dann sprach Max von den Mängeln unserer Agitation. „Wir appellieren zu viel an den Intellekt, statt an das Gefühl und an alles das, was im Menschen liegt und schlummert. Wir müssen den ganzen Menschen bei unserer Propaganda erfassen. Das verstehen die Russen so gut, wir haben es noch nicht gelernt.“

Dann diskutierten wir über die politischen Ereignisse seit seiner Inhaftierung, und ich war überrascht, wie gut Max, der keine kommunistische Tageszeitung erhielt, orientiert war. Er war vollkommen auf dem Laufenden. Besonders interessierte ihn der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über die Reise in Sowjetrußland. „Wenn ihr das geschickt auszunutzen versteht“, sagte er, „dann müßt ihr unbedingt an Einfluß gewinnen.“ Sehr befriedigt war Hoelz über die Entwicklung in England. „Sag’ den Genossen, die sich in Mitteleuropa bei ihrer antigerwerkschaftlichen Haltung häufig auf mich berufen, daß ich von der Richtigkeit unserer Gewerkschaftspolitik durchdrungen bin. Unterstreiche, daß ich vollkommen konform mit der Partei gehe.“

# Es geht vorwärts!

Von W. Trostel, Zürich.

Seit dem Landeskongress wurden neue Rothilfssektionen gegründet in Arbon, Zuchwil (Solothurn) und Binningen. Wir heißen die neuen Streiter in der Rothilfs-Front willkommen. Die Anmeldungen von partellosen und sozialdemokratischen Arbeitern mehren sich immer mehr. Auch das Interesse in den Gewerkschaften und andern Arbeiterorganisationen für unsere Bewegung nimmt zu. So werden in den nächsten Monaten in verschiedenen Organisationen Vorträge über die Rote Hilfe, ihr Zweck und ihre Tätigkeit gehalten werden. — Die Auflage des „Roten Helfers“ konnte nun auf 2500 Exemplare erhöht werden. Natürlich ist das noch nicht genügend für die Schweiz. Wir müssen alle Anstrengungen machen, noch bis zum Januar die doppelte Anzahl zu erhalten, zumal jetzt allein Basel 500 und Zürich 700 pro Nummer verkaufen. Welche Sektion meldet uns zuerst die Erhöhung ihrer Auflage?

## Die Rettungsaktion für Sacco und Vanzetti

fand einen lebhaften Widerhall. Ueber ein Dutzend öffentliche Versammlungen, teilweise gemeinsam mit der KP., SP, den Anarchisten oder den antifaschistischen Komitees, fanden statt und waren sehr gut besucht. In Bern wurden in wenigen Tagen über 300 Unterschriften für eine Eingabe an die amerikanische Gesandtschaft gesammelt. Ein Aufruf der Roten Hilfe wurde von fast allen Arbeiterzeitungen veröffentlicht. Das SP-Organ von Zürich weigerte sich, den Aufruf aufzunehmen, lehnte es auch ab, bezahlte Inserate für Demonstrationsversammlungen aufzunehmen. Nachdem das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes auf unser Ansuchen gemeinsam mit der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ein Protesttelegramm an die amerikanische Regierung schickte, haben sich viele Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle dem Protest angeschlossen. Selbst bürgerliche Zeitungen haben mitgemacht, so die „Nationalzeitung“ von Basel und die „Luzerner Neuesten Nachrichten“.

In der letzten Sitzung des Zentralkomitees wurde beschlossen, die Patenschaft über die politischen Gefangenen des Zentralgefängnisses Cottbus zu übernehmen, die einen mutigen Hungerstreik durchführten, um beabsichtigte Verschlechterun-

gen in ihrer Behandlung abzuwenden und die damit ein weitläufig sichtbares Zeichen auch hinter Kerkermauern kämpfender Klassenbrüder gaben. In dem Schreiben des Z. K. der R. H. Schweiz an die politischen Gefangenen in Cottbus heisst es wörtlich: „Nicht Humanität, nicht Barmherzigkeit und nicht Pazifismus läßt uns diese Pflicht erfüllen, Klassenbewußtsein, Kampfbereitschaft und proletarische Solidarität sind einzige Triebfeder unseres Handelns.“

In dem Antwortschreiben der politischen Gefangenen aus Cottbus heisst es: „Die Nachricht, daß Ihr die Patenschaft für uns politische Gefangene übernommen habt, hat unter uns große Freude ausgelöst. Denn diese Nachricht war uns ein Zeichen dafür, daß die internationale Solidarität lebt und gedeiht, jene höchste proletarische Tugend, ohne die das Werk des Sozialismus nie gedeihen wird. Wir wollen ohne Murren unsere Monate und Jahre hinter den Kerkermauern der deutschen Republik verbringen, wenn wir nur wissen, daß wir, und wenn auch nur indirekt, dazu beitragen, alle proletarischen Kräfte im eigenen Lande und in der Internationale auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes einander näher zu bringen.“

Ganz besonders aber freuen wir uns Eurer Patenschaft über uns, da wir hören, daß auf dem letzten Kongress der Schweizer Roten Hilfe sozialdemokratische Arbeiter mutig eingetreten sind für das Werk der internationalen Solidarität, uns also über die Parteischanke hinweg brüderlich die Hand reichen. Wir er-

greifen die uns dargebotene Hand gern, nicht obgleich, sondern gerade weil wir alles kommunistische Arbeiter sind, die sehr wohl wissen, daß es keine Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz mehr in Deutschland geben würde, wenn die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in ihrer Novemberrevolution durch eine einheitliche Klassenfront statt der kapitalistischen eine sozialistische Republik erkämpft hätten.“

Ein Protestschreiben des Z. K. der R. H. Schweiz an den Gefängnisdirektor von Cottbus wurde vom Direktor beantwortet. Wir werden dem Direktor eine Antwort zukommen lassen.

Mit großer Offenheit sprach Max von seinen früheren eigenen Fehlern. „Ich habe längst eingesehen, daß eine noch so tapigere Schar von Revolutionären nichts erreichen kann, wenn nicht die objektiven Voraussetzungen für eine Revolution vorhanden sind und die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter der Partei, welche die Revolution führen muß, steht. Ich hatte vollkommen die Rolle der Partei verkannt, deshalb mußte mein Unternehmen trotz anfänglicher Erfolge scheitern.“ Dann sprachen wir über Tageskämpfe, und Max behauptete, alle unsere Aktionen hätten darunter gelitten, daß wir nicht verstanden hätten, sie zu steigern. „Bei den Amnestiekampagnen sind durchaus nicht alle legalen Möglichkeiten erschöpft worden. (Das war vor der Unterschriftensammlung der RH.) Ich würde mich verpflichten, in kurzer Zeit mit einem Stab von Agitatoren eine Volksbewegung zu schaffen, die so stark ist, daß ihr auch die Regierung nicht widerstehen kann und sie den größten Teil der proletarischen Gefangenen freilassen muß.“

So verging in anregendem Gespräch der Tag im Fluge. Wir verzichteten beide auf die Freistunde, um uns nicht trennen zu müssen. Am Nachmittag hatte ich noch Gelegenheit, die Art, wie Genosse Hoelz methodisch arbeitet, kennen zu lernen. Er arbeitet wie ein Redakteur und Archivar. Die wichtigsten Ausschnitte aus den Zeitungen hatte er alphabetisch geordnet. Wissenschaftliche Bücher las er nicht, sondern studierte sie mit einer Gründlichkeit und einem Fleiß, der jedes Hindernis überwindet. An den Wänden hatte er ein selbstgefertigtes Wörterverzeichnis angeklebt. Wenn er auf neue Fremdwörter stieß, ruhte er nicht eher, bis er die richtige Definition seinem Fremdwörterverzeichnis einverleibt hatte.

Schnell, allzu schnell verfloßen die zwei Weihnachtsfeier-

tage. „Wir müssen öfters zusammenkommen“, sagte er. „Ich werde durchsetzen, daß wir Neujahr wieder beisammen sind, und daß wir die letzten Tage, die du noch hier bist, gemeinschaftlich in die Freistunde gehen. Denn nachdem das Eis durchbrochen, nachdem wir zwei Tage beieinander waren, mit welchen Gründen will man verhindern, daß wir täglich eine Stunde uns sprechen.“ Max behielt recht. Trotz der „Bedenken“ des Direktors war der Strafvollzugspräsident genötigt, seinen Antrag zu genehmigen. Das war natürlich keine Gnade oder ein Akt des Wohlwollens, denn Max hatte laut Strafvollzugsordnung Anspruch darauf, täglich während der Arbeitsstunden mit einem Mitgefangenen zusammen zu sein. Die Genehmigung seines Antrages war also nur eine ganz kleine Abschlagszahlung auf ein ihm zustehendes größeres Recht.

Und so hatte ich Gelegenheit, noch den Neujahrstag sowie den letzten Sonntag meiner „Strafzeit“ in Maxens Zelle zu weilen und vierzehn Tage lang mit ihm eine Stunde zu plaudern.

★

Ueber den Revolutionär Max Hoelz noch etwas zu sagen, halte ich für überflüssig. Seine Taten in Mittelddeutschland, sein Verhalten vor Gericht, der Kampf, den er noch hinter Zuchthausmauern gegen die Klassenjustiz führt, sind Zeugen seines revolutionären Heroismus. In den vierzehn Tagen unseres Zusammenseins habe ich vor allen Dingen den prächtigen Menschen Max Hoelz kennengelernt. Er ist ehrlich und gradlinig, offen bis zur Rücksichtslosigkeit und Brutalität, wo er Feigheit, Kompromisse oder Unehrlichkeit wittert, und doch ist er von einer Empfindsamkeit, einer Kraft des Erlebens und

# Stimmen aus dem Kerker

## Briefe aus amerikanischen Kerkern.

Die Internationale Arbeiterverteidigung Amerikas hat in den 1 1/2 Jahren ihres Bestehens unzählige Briefe aus Kerkern in den verschiedensten Teilen des Landes erhalten. Sie zeigen, wie proletarische Solidarität jahrelang eingekerkerte Klassenkämpfer ermutigt und mit dem Kampfe der Arbeiterschaft draußen verbindet. Die folgenden Ausschnitte aus solchen Gefangenbriefen sind das beste Zeugnis für die erfolgreiche Arbeit unserer amerikanischen Genossen:

„Ich habe einen Scheck von fünf Dollar bekommen und bin Euch so dankbar. Auch wenn ich nie wieder etwas von Euch erhalten sollte, werde ich immer daran denken, denn diese fünf Dollars sind mehr, als alle die offiziellen Führer der Gewerkschaftsbewegung in über vierzehn Jahren getan haben... Ich wünsche der IAV. in all ihrer Arbeit den besten Erfolg.

J. B. McNamara, Sträfling Nr. 25 314, Gefängnis St. Quentin, verurteilt zu lebenslänglichem Zuchthaus.“

★

„Ihr fragt mich, ob ich Euch irgendwelche Vorschläge machen kann und ich möchte Euch als Antwort sagen, daß ich mir keine größere Arbeit für die Menschheit denken kann, keine Arbeit, die wichtiger ist für die Massen, als die Eure und ich kann Euch keinen anderen Vorschlag machen, als in

Eurer Arbeit fortzufahren und jedes Mitglied aufzufordern, sein Bestes zu tun, um neue Kräfte für die Bewegung zu gewinnen.

Edgar Combs, Bergarbeiter, Gefängnis Moundsville.“

★

„Ich brauche Euch nicht zu sagen, daß wir alle, die wir hier wegen unserer Gesinnung oder unserer Tätigkeit für die Arbeiterklasse eingekerkert sind, diese dauernde und verlässliche Unterstützung durch unsere Genossen draußen als großen Trost empfinden. Wenn wir Eure Briefe erhalten, dann wissen wir, daß Ihr ebenso „für uns draußen“ seid, wie wir hier drinnen sind für Euch. Wir, im Gefängnis, schätzen die Tätigkeit der IAV. mehr, als ich Euch in diesen wenigen Zeilen schildern kann.

Warren K. Billings, Gefängnis Represa, Kalifornien, verurteilt zu lebenslänglichem Zuchthaus.“

★

„Vielen Dank den Arbeitern, die Eure Gabe möglich machen. Ich weiß, daß sie getragen ist vom Gedanken der Solidarität, der nicht verschwinden wird, so lange die „Eiserne Ferse“ der Herrschenden auf uns lastet. Dies ist es, was ich mehr schätze als irgend etwas anderes und was auch für unser Land den Sieg der Arbeiter bringen wird.

Im Geiste der Arbeitersolidarität bin ich Euer  
I. McInerney, Sträfling Nr. 9410, Walla-Walla-Zuchthaus.“

## Proletarische Ehrentafel



Max Niber (KPD), Hamburg.

Verhaftet seit 2. Januar 1924, verurteilt zu 6 Jahren Festung wegen Hamburger Aufstand. Sitzt in Festung Groden. N. wird am 28. Dezember 38 Jahre alt.



Rudolf Greiner

Juni 1919 wegen Geismord zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Seitdem sitzt er im Zuchthaus Straubing. Er wird am 12. Dezember 28 Jahre alt.



Albert Menzel, Berlin-Lichterfelde,

seit einem Jahr (26. Dezember 1925); in Moabit. Angebl. Vorbereitung zum Hochverrat. M. wird am 14. Dezember 52 Jahre alt.

## Sendet allen Klassenkämpfern Geburtstagsgrüße!

Fühlens, die ihresgleichen sucht. Ohne Uebertreibung kann ich sagen, es gab keinen unteren Beamten in Kletschkau, der nicht mit Liebe und großer Achtung von Max sprach. Selbst diese oft primitiven Subalternnaturen fühlten instinktiv, daß Hoelz nicht der von der bürgerlichen Presse verschriene „Mordbrenner“, sondern ein Mensch von außerordentlichen Qualitäten war.

Die Verschleppung von Max Hoelz von Breslau nach Groß-Strehlitz hat nicht zuletzt ihre Ursache in den großen Sympathien, die er sich auch in der Welt der roten Mauern Kletschkaus erworben hatte und die den Schützern des Klassenstaates gefährlich dünkten.

## Marie singt

Von Albert Hotopp.

Manche Reise liegt hinter mir, und an Reisen, die ich in über vier Jahren über die Weltmeere in ferne Länder getan, dachte ich.

Mir ging die Strophe von Wilhelm Busch durch den Kopf: „Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen.“

Hier will ich erzählen.

An einem Maimorgen tritt ein Strafanstaltswachtmeister in meine Zelle und meinte in seinem gemütlichen sächsischen Dialekt: „Morgen gehen Sie auf Transport, geben Sie Ihre Sachen ab!“

Bei der Sachenabgabe erfuhr ich dann, daß ich im sogenannten Sammeltransport überführt werden sollte. Bis dahin

war ich stets im Einzeltransport, mit zwei Beamten, gefesselt, befördert worden, aber diesmal sollte ich auch die Art der Verschickung kennen lernen, von der ich schon manches gehört hatte.

Früh um 5 Uhr wurde geweckt, um 8 Uhr standen 11 Mann vor dem Bureau. Immer zwei und zwei wurden mit der sogenannten Acht zusammengeschlossen. Wir vier politischen Gefangenen protestierten energisch gegen diese Fesselung und erreichten, daß wir ungeschlossen, bis auf einen Genossen, der einmal einen Fluchtversuch gemacht hatte und trotz des Protestes gefesselt wurde, hinter den anderen hertritten durften. Auf dem Hofe wurden wir in den sogenannten „Grünen August“ verstaubt und zum Bahnhof kutschiert. Dort mußten wir durch ein Spalier aufgestellter Schupo zum Sammelwagen. Immer zu zweien wurden wir in ein Kabinett gesperrt, das einen Quadratmeter Raum und an einer Seite eine Bank hatte, auf der wir gerade nebeneinander sitzen konnten. An der Längsseite, hoch oben, befand sich ein Fenster, stark vergittert und mit einer Mattscheibe versehen, das eine Handbreit geöffnet war. Durch den Spalt war es möglich, wenn man sich auf die Bank stellte, einen Blick vom Leben zu erhaschen.

Die Fahrt schien endlos. Auf einer Station hieß es: Aussteigen!

Wir glaubten, am Endpunkt unserer Fahrt angelangt zu sein, doch befanden wir uns erst auf der Etappenstation Halle und wurden alle nach dem dortigen Polizeigefängnis transportiert, um von hier aus erst auf den richtigen Schub gebracht zu werden.

Im Wagen begann ein Poltern und ein Fluchen. Die „Zünftigen“, die Halle kannten, belegten diesen Ort mit den

# Aus den Kasematten der Bourgeoisie

Stefanoff veröffentlicht in der rumänischen Gewerkschafts-  
presse folgendes Schreiben aus dem Gefängnis:

Teure Genossen!

Ich habe in den Zeitungen „Universul“ und „Cuvantul“ die sensationellen Berichte der Siguranzaagenten gelesen, die mich unter Aufbietung aller Phantasie als Sowjetspion, Terroristen und mehrfachen Ausbrecher usw. darstellen. Von meiner Verhaftung werden die tollsten Dinge von Fallgruben, selbstleuchtenden Lampen, Maschinengewehren usw. erzählt. Bemerkenswert ist, daß diese Zeitungen wohl derartige sensationelle Enthüllungen über Moskauer Millionen und über eine kompromittierende Korrespondenz bringen — alles alte Clichés der Siguranza — keine Silbe aber verlauten lassen über die Mißhandlungen und Folterungen, denen ich im Gebäude des Boulevard Paquet seitens der Kommissäre, Agenten und Inspektoren der Siguranza unterworfen war. Gegen dieses abscheuliche System der Siguranza protestiere ich ganz entschieden und appelliere an alle, deren Gemüt noch nicht ganz verrotzt ist, sich meinem Protest anzuschließen, und die Auflösung dieser mittelalterlichen Institution zu fordern, die eine ganze Armee blinder Werkzeuge unterhält, die zu nichts anderem als zu Folterknechtsdiensten gegen die Bürger dieses Landes bestimmt sind.

Um die faustdicken Lügen der Siguranza zu entlarven, um die Handwerker, Arbeiter und Bauern sowie die Intellektuellen und die ganze öffentliche Meinung über das neue „terroristische“ Komplott aufzuklären, fühle ich mich verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben:

(Es folgt nun die ausführliche Schilderung Stefanoffs, wie er ins Ausland gereist ist, im Mai d. J., von der KP. Rumäniens zurückgerufen, zurückgekehrt sei und für die Legalisierung der Partei sowie für die richtige politische Orientierung der Arbeiter-, Bauern- und Minoritätsmassen gearbeitet hat. Stefanoff übt dann auch in seinem Schreiben scharfe Kritik an der sozialdemokratischen Partei, sowie an den bürgerlichen Parteien hinsichtlich ihrer Stellung zu den Tagesproblemen und schließt sein Schreiben folgendermaßen:)

Ich verfolgte das Ziel, die Arbeiter und armen Bauern sowie die nationalen Minderheiten in einem einzigen Block zu

vereinen, um sie in den Kampf gegen die Oligarchie zu führen, die die Massen in immer schwärzere Sklaverei stürzt und durch ihre Rüstungen und Kriegsvorbereitungen sowie durch die Unterhaltung eines ungeheuren Gewaltapparates unermessliche Gefahren für das gesamte rumänische Volk heraufbeschwört. Nur, indem man die fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterschaft in Stadt und Land in einer einzigen Partei organisiert, welche es versteht, die Tageskämpfe der Arbeitermassen zusammenzufassen und zu führen, sowie den letzten Befreiungskampf vorzubereiten, kann der Offensive der Oligarchie begegnet werden. Nur das Proletariat und seine Avantgarde, die kommunistische Partei, sind konsequente Kämpfer für die Vollendung der bürgerlichen Revolution und ihre Umwandlung in eine proletarische Revolution.

Wo sind also die Beweise für meine Spionagetätigkeit, wo ist mein Terrorismus. Wenn ich jetzt in Haft bin, dann nur wegen meiner politischen Tätigkeit im Interesse der Massen.

Gefängnis Jilava.

gez. Boris Stefanoff.

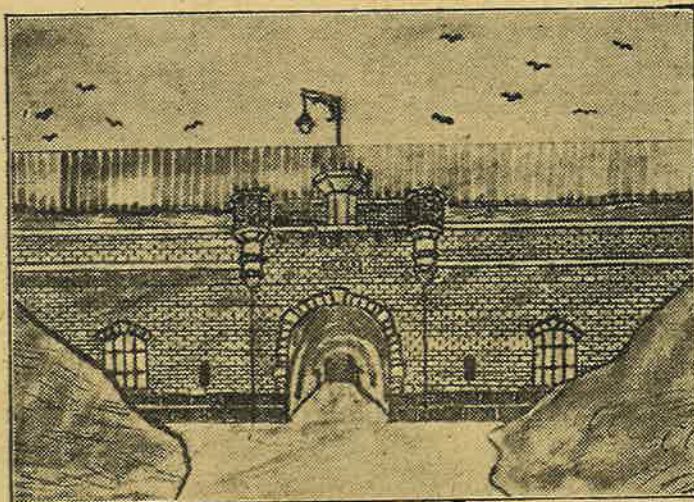
Der Bulle, der ein rotes  
Tuch sieht.

Das Zentralsekretariat der Roten Hilfe hat vor einigen Monaten den politischen Gefangenen die Kinderheim-Postkartenserie zugestellt, in der Annahme, daß der „humane Strafvollzug“ der deutschen Republik den Gefangenen erlaubt, ihre Zellen

mit den kolorierten Karten auszuschnücken und damit etwas wohlicher zu gestalten. Unter den Karten befindet sich auch das bekannte Bild von einer Kindergruppe mit einer roten Fahne. Diese rote Fahne hat es dem Zuchthausdirektor in Insterburg angetan. Er beschlagnahmte diese Karte nebst einen Brief des Genossen Neumann, indem er den Zentralvorstand von der Nichtaushändigung der Karte Mitteilung machte und sandte den Brief mit einem Begleitschreiben an den Strafvollzugspräsidenten in Königsberg.

Anscheinend hat der Strafvollzugspräsident weniger Angst vor der roten Farbe, denn der beschlagnahmte Brief erreichte den Adressaten doch noch, wenn auch mit einiger Verspätung.

Ob die „gefährliche“ Karte inzwischen noch dem Genossen Neumann ausgehändigt wurde, entzieht sich der Kenntnis der Redaktion.



Das unterirdische Gefängnis von Jilava.

lieblichsten Kosenamen aus ihrer Umgangssprache. Es schien ein wunderbarer Ort zu sein, in dem wir Aufenthalt bis zum Weitertransport nehmen sollten. Aber meine Vorahnungen wurden noch um ein Beträchtliches übertroffen.

Wieder marschierten wir durch eine Schupokette, schnarrende Kommandotöne durchschnitten die Luft. Aus den Zügen lugten die neugierigen Gesichter blöder Spießer, als unser Elendszug, dessen Beschluß zwei Frauen machten, klirrend über den Bahnsteig trittete.

In diesem Augenblick hatte ich diese Menschen, die sensationslüstern sich mit Puffen in die Fenster der haltenden Züge drängten, um nur ja einen Blick auf uns werfen zu können. Auf ihren Gesichtern spiegelte sich die Sattheit überhebender Bürger, die vor der Autorität ihres Staates eine Referenz machten. Die Befehle der Schupoleute wurden noch schnarrender, spitzer, überschlugen sich fast beim Herauspoltern aus ihren Mundhöhlen.

Einzelnen, hintereinander, wie im Gänsemarsch, immer flankiert von der Polizeimacht, stiegen wir in einen engen Schacht hinunter, an dessen Wänden die Nässe triefte, der von Schmutz starre und in dem es entsetzlich stank. Hinter uns fielen eiserne Gittertüren ins Schloß, Kommandos hallten ohne Aufhören dazwischen. Nach einer längeren Wanderung im Tunnel stiegen wir an die Oberwelt und wurden, 18 Mann, einschließlich der zwei Frauen, in einem „Grünen August“ zum Polizeipräsidenten kutschiert. Wir lagen fast wie die Heringe in einer Tonne übereinander. Mit uns die Frauen. Die Situation war bezaubernd, sie zu schildern nicht unmöglich, aber beschämend für diesen Staat. Ich bin nicht sentimental und habe in meinem

Leben kitzliche Augenblicke durchlebt und vier Erdteile und ihre Bewohner kennen gelernt, aber . . . Und dann das Polizeigefängnis.

Zuerst in eine Zelle von 11 cbm Rauminhalt. Diesmal ohne Damenbedienung, ein schmutziges, stinkendes Loch. An einer Seite eine Bank, sonst nur die üblichen Gemälde mit den Weisheitsprüchen begabter und unbegabter Philosophen an den Wänden. Dann kam die Verteilung in die Sammelzellen. Wir vier Politischen kamen durch Bitten bei einem Beamten in eine besondere Zelle. Beim Betreten glaubten wir auf den Rücken fallen zu müssen. Der Raum war 30 qm groß. Ein Gestank herrschte darin wie in den Etappengefängnissen des zaristischen Rußland. An Mobiliar waren vier sogenannte Betten mit Matratzen aus Papiergeflecht vorhanden, deren Inhalt noch aus der Kriegszeit stammte. Der Betonboden starrte vor Dreck. Zwei winzige Fenster führten zu einem Hof hinaus, der bestenfalls als ein Luftschacht anzusprechen war. Die Fenster konnten nur eine Handbreit geöffnet werden. Sie klebten hoch oben an der Decke, und das Licht fiel als ein trübes Gelb herein.

Sieben Tage mußten wir in diesem Loch auf den Weitertransport warten. Der Aufenthalt würde Stoff für eine ausgedehnte Erzählung geben, aber ich will mich kurz fassen. Für die Zustände zeichnete damals der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge verantwortlich.

Ueber uns lagen die Frauen, deren Stöckelabsätze den Betonboden massierten. Jeder Tritt war hörbar. Neben uns lagen die lärmenden Reisenden aus den verschiedenen Gaststätten der Justiz.

Wir lassen zunächst den Brief des Genossen Neumann im Auszug folgen, und fügen den Wortlaut des Briefes des Zuchthausdirektors hinzu. Sie geben ein lebendiges Bild vom dem Kampf unserer Gefangenen hinter den Kerkermauern der Bourgeoisie.

Insterburg, den 19. September 1926.

Werter Genosse!

Dein Schreiben vom 31. 8. habe ich erhalten. Du hast vollkommen recht, wenn Du schreibst, „wahrscheinlich weil ein rotes Banner darauf ist, wurde Euch die Karte nicht ausgehändigt“. Lieber Genosse, wenn Du einem Bullen ein rotes Tuch vor die Augen hältst und er nicht farbenblind ist, so wirst Du die Erfahrung machen müssen, daß dieser Bulle vor Wut Schaum kauen wird, und wenn es ihm möglich ist, er sogar durch einen Angriff versuchen wird, das Tuch Dir zu entreißen. Du kannst Dir vorstellen, wie es uns hier geht. Auch dieser Satz „die Gefängnisverwaltung wird sicher davon durchdrungen sein, daß ihr die rote Fahne nicht vergessen habt“ ist nur die Wahrheit, denn die Verwaltung sorgt täglich dafür.

den Herrn Präsidenten  
des Strafvollzugsamtes  
in Königsberg i. Pr.

Den beiliegenden Brief des Strafgefangenen Fritz Neumann an die Rote Hilfe glaube ich gemäß § 119 Abs. 7 DVO., A. V. vom 17. 12. 24 — J. M. Bl. S. 432 — letzter Satz beanstanden zu sollen, da er Erörterungen über Maßnahmen der Strafanstaltsverwaltung enthält, die zum Teil (s. den Vergleich mit dem Bullen, der ein rotes Tuch sieht) den Anstand gröblich verletzen und beleidigend sind. Die Karte mit dem roten Banner trägt die Unterschrift: „Jungspartakus besucht Barkenhoff“ und ist durch Verfügung vom 12. 7. 26 — III. 2a/S 19 245 — beanstandet worden. Das Photographieren der hier einsitzenden Kommunisten habe ich abgelehnt, weil die Photographien an die Rote Hilfe für kommunistische Propagandazwecke eingesandt werden sollen.

Der Strafanstaltsdirektor.  
Unterschrift.

## Zum Organisationsproblem der Roten Hilfe

Von J. Schlör.

II.

Die Bildung von Rote Hilfe-Ortsgruppen ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Rote Hilfe-Arbeit. Selbstverständlich muß bei der Bildung der Ortsgruppen auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. In nur ganz kleinen Orten wird es möglich sein, die gesamte Rote Hilfe-Arbeit zu erledigen, wenn alle Rote Hilfe-Mitglieder in einem organisatorischen Rahmen zusammengefaßt sind, ohne daß eine weitere Unterteilung notwendig ist. Diese ganz kleinen Untergruppen sind den bisherigen Arbeitsgruppen gleichzustellen und können darum nicht als die endgültige Lösung der Ortsgruppenorganisation angesehen werden. Ausschlaggebend sind die größeren Orte. Da muß eine andere Organisationsmethode zur Anwendung gelangen, die nicht nur große Massen in der Roten Hilfe aufnimmt und in einem hellen Haufen zusammenfaßt, sondern in erster Linie die rote Hilfe in den Betrieben, Gewerkschaften, Vereinen, Kulturstätten und Wohnbezirken verankert. Voraussetzung dafür ist, daß die RH-Mitglieder in all diesen Körperschaften, Betrieben und Wohnbezirken zu Arbeitsgruppen zusammengefaßt werden; denn nur durch den zusammengefaßten, organisierten Willen der Mitglieder werden die Werbe- und Sammelkampagnen den nötigen Erfolg haben. Insbesondere wird es der R. H. dadurch besser gelingen, den Feinden der revolutionären Klassenkämpfer (Klassenrichter, Terrorbanden, Strafvollzugsbeamte, bürgerliche Regierungen usw.) ihre Absicht: der Vernichtung der Klassenkämpfer, zu durchkreuzen.

Man muß nur die lebendige Wirklichkeit auch mit dem Organisationsproblem verbinden und es zeigt sich sofort,

welcher Weg gegangen werden muß. Wenn die R. H. D. z. B. eine Amnestie-Kampagne führt, oder eine Bruderorganisation wendet sich mit dem Ruf um Hilfe zur Rettung eines gefangenen Revolutionärs aus den Klauen der Justiz an uns, dann ruft der Zentralvorstand die Mitglieder durch die Presse und durch Rundschreiben an die Bezirksvorstände und Kollektiv-

### Hast Du dich

schon an der Winterhilfe beteiligt?  
Jedem Gefangenen ein Weihnachtspaket!

mitgliedschaften zur Aktion. Die Bezirksvorstände schließen sich dem an und organisieren in den Bezirken die Kampagne, aber nur dann mit Erfolg, wenn in jedem Ort eine gut geleitete Ortsgruppe mit möglichst vielen Arbeitsgruppen sofort darauf reagiert.

Es genügt nicht, daß der Zentralvorstand oder die Bezirks- und Ortsvorstände der Roten Hilfe ihren Protest gegen die aktuellen Schandtaten der Bourgeoisie hinausschreien. Der Protest und die Delegationen der Gewerkschaften, Betriebsbelegschaften, Kulturvereine, und nicht zuletzt die Stimmen bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind viel wirkungsvoller; denn unsere Feinde wissen, daß die Mitglieder der Roten Hilfe sofort auf jeden Angriff reagieren. Es kommt also darauf an, weitere Kreise für unsere Kampiparolen in Bewegung zu bekommen, die in den Augen unserer Feinde die

Am Abend ertönte Gesang aus einem Frauenmund: „Wenn ich ein Vöglein wär, flög ich zu dir.“ Ein heller Sopran sang es mit einem leichten Tremolo in der Stimme. Wir tauschten. Vom Hof herrschte die polternde Stimme eines Wachtmeisters: „Ruhe“. Aus den anderen Zellen brüllte ein Chor von Stimmen: „Marie, sing weiter!“ Marie sang und ließ ihr Vöglein munter weiterflattern. Ueber uns trippten die Stöckelabsätze — neben uns gröhlten ein paar Bässe die Begleitung. Mit dem sinkenden Dunkel erstarb der Lärm.

Zur Nacht erhielt jeder ein Laken, ein Handtuch und zwei Decken, die am nächsten Morgen wieder hinausgereicht werden mußten, und am Abend unkontrolliert wieder hereinkamen.

Am dritten Tage lernten wir den Hof kennen. Vorschrift war in diesem Hause erst am fünften Tage eine Freistunde. Auf unsere Vorstellung erreichten wir sie am dritten Tage, verzichteten aber in der Folgezeit auf diese Annehmlichkeit.

Der Hof war neun Schritte im Geviert und mit Fliesen belegt. In der Mitte ein Haufen Hundemist, flüssig wie Gänsekot. In einer Ecke ein Stück Schuppen mit allem möglichen Gerümpel und zwei Tönnen Speiseresten, die in Gärung übergegangen waren, ein Haufen Kartoffelschalen. Alles verbreitete einen Pestilenzgestank. An einer Seite stand eine Leiter, daran lehnte ein Mensch. Das war kein Mensch, sondern in ein Bündel Lumpen verpacktes Elendshäuflein. Das Gesicht war das verkörperte Elend, erschien wie eine Gestalt aus Heines Spielmann, nächtlich aus dem Grab gestiegen. Auf meine Fragen erhielt ich hilfloses Stammeln als Antwort. Zehn Monat — zehn Monat lebt er in diesem Loch. Er starrte von Schmutz und Ungeziefer. Warum zehn Monate in diesem Loch? Man hatte ihn auf der Landstraße ohne Papiere aufge-

griffen, und zur Feststellung seiner Personalien war er zehn Monate Polizeigefangener. Wie lange es noch dauern konnte, bis seine Persönlichkeit feststand, konnte er nicht sagen, weil er selbst nichts davon wußte. Es war ein hilfloser Idiot.

Der Hof war der vor unseren Fenstern scheinende Lichtschacht, er lag eingebettet zwischen vier fünfstöckigen Mauern, die nur von einigen Fenstern unterbrochen wurden.

Marie sang mit ihrer hellen Stimme an allen Tagen, nur manchmal unterbrach sie der Ruf der Wächter und der Gegenruf des Chors: „Marie, sing weiter!“

Auch wir erlaubten uns — zu brummen. Mit uns war ein russischer Genosse, ein ehemaliger Operettentenor, der durch den Krieg ins Proletariat geschleudert wurde. Wir waren zufällig bei Stimme und brummt die Internationale. Das erregte Anstoß. In die Zelle stürzte eine Breitensträtergestalt mit aufgestreiftten Ärmeln, sehr angriffsfreudig. Das Ende unserer Polemik war, daß der Tenor in Absonderung flog.

Am Nachmittag erhielten wir Ersatz für unseren Gemäßregelten. Einen Kavaliere der Landstraße, mit allen Wassern geweiht, quecksilbrig, rastlos in Bewegung und Sprache.

Seinen Lebenslauf erzählte er in der ersten Stunde. Sein Handwerk war der bessere Bettel, nebenberuflich Sittlichkeitsattentäter. Bei seinen Erzählungen rannte er ruhelos durch den Raum, liebteste seinen rötlichen Garibaldibart mit seinen schmalen Händen, die wohl noch nie eine ernste Arbeit berührt hatten. Auf seiner rechten Schulter saß ein Schönheitspflaster in Gestalt eines zierlichen Höckers. Als er bei uns warm wurde, kratzte er sich am ganzen Körper wie ein von der Räude befallener Hund. Ungeziefer hatte er nicht, sondern „nur“ dne Krätze. (Schluß folgt.)

öffentliche Meinung widerspiegeln. Es ist deshalb unsere Aufgabe, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, durch ein möglichst enges Netz von Arbeitsgruppen, die, so verschiedenartig sie auch auf den ersten Blick erscheinen mögen, von ein und demselben Willen durchdrungen sind und gegebenenfalls in ihrer Gesamtheit reagieren wie ein gesunder Körper, der angegriffen oder Gefahr wittert.

Selbstverständlich muß jede Arbeitsgruppe eine Leitung (Obmann, Komitee) haben. Die dafür gewählten Genossen haben den örtlichen Funktionärkörper zu bilden und wählen in der Regel aus sich heraus den Ortsgruppenvorstand. Der Ortsvorstand hat die Verbindung mit dem Bezirksvorstand, sowie die Führung und Leitung aller Rote Hilfe-Arbeiten am Orte in seinen Händen.

Die Ortsgruppen der Roten Hilfe sind also nicht mehr und nicht weniger als die Zusammenfassung aller Roten Hilfe-Kräfte eines bestimmten territorialen Gebiets zu einem homogenen Ganzen.

Das Schwergewicht der Roten Hilfe wird aber in den Wohnbezirken liegen müssen, denn dort müssen die Mitglieder in erster Linie registriert werden, dort können Hunderttausende der „rationalisierten“ Arbeiter, die Hausfrauen und kleinbürgerlichen Elemente, die sich mit uns empören gegen die Justizwillkür am ehesten erfaßt werden. Selbstverständlich haben die Betriebe eine große Bedeutung. Das Notwendigste ist darüber schon weiter oben gesagt. Die Rote Hilfe ist eine überparteiliche Organisation, die die Aufgabe hat, den Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und den weißen Terror zu führen. Klassenjustiz und weißer Terror kommen aber in erster Linie zum Ausdruck in den Gerichtssälen, in den Strafanstalten und Femeno-Organisationen, so daß für den Betriebsarbeiter dieser Feind nicht so gegenständiglich als Klassenfeind erscheint, wie der Unternehmer im Betrieb. Deshalb muß die Basis der Rote Hilfe-Organisation der Wohnbezirk sein.

Es bleibt nur die Frage: wo sollen die Mitglieder kassiert werden? Zum Teil ist diese Frage schon weiter oben beantwortet. Die Mitglieder sind in den Wohnbezirken registriert und werden auch dort am besten kassiert. Heute erfolgt die Kassierung der Mitglieder zu 90 Prozent in den Wohnbezirken und der Umsatz der Beitragsmarken steigt von Monat zu Monat. Daraus soll aber nicht der Schluß gezogen werden, daß das Kassieren der Mitglieder in den Betrieben

verboten ist. So starr sollte man nicht entscheiden. Zweifellos hat die RHD. heute schon bedeutende Betriebsgruppen usw., die die Kassierung mit Erfolg durchführen. Diese Möglichkeit darf nicht nur nicht beschnitten, sie muß auch in Zukunft dort ausgenützt werden, wo es heute noch nicht geschieht. Die Gegner der Betriebskassierung werden einsehen, daß das mit einer schematischen „Umstellung auf Betriebszellen“ nichts zu tun hat. Es ist nur die Ausnützung einer Möglichkeit, die sich die Rote Hilfe nicht entgehen lassen darf. Voraussetzung ist nur, daß auch die Arbeitsgruppe eines Betriebes, die die Kassierung durchführt, in den Rahmen der Ortsgruppenorganisation einbezogen werden muß.

## Bayrische Organisationen zur Organisationsfrage

Arbeitsgebietskonferenzen bayerischer Rote Hilfe-Organisationen beschäftigten sich unter anderem auch mit der Organisationsfrage und nahmen folgende Entschließung an, die hiermit zur Diskussion gestellt wird:

Die Konferenz verfolgt mit Interesse die Diskussion über die Organisationsform der Roten Hilfe und stellt sich schon heute einmütig auf den Standpunkt, daß die restlose Umstellung der Organisation auf die Basis der Wohnorganisation speziell in organisatorischer Beziehung die geeignetste und erfolgversprechendste Organisationsform für die Rote Hilfe darstellt.

Neben der Wohnorganisation sind für die Erweiterung der agitatorischen Arbeit, sowie des ideologischen Einflusses auf das Proletariat überhaupt, in den Betrieben, Arbeitersport- und Kulturorganisationen Arbeitsgruppen zu bilden, die mit dem Ortsvorstand in dauernder Fühlung bleiben.

Die Unterbezirkskonferenz hofft, daß sich die kommende Reichskonferenz der Roten Hilfe Deutschlands rückhaltlos auf diese Organisationsform, als der Form zur Gewinnung aller Schichten der werktätigen Bevölkerung einigt.

Nachsatz der Redaktion:

Wir ersuchen alle Bezirke, sich mit dem Organisationsproblem in ihren Zusammenkünften zu beschäftigen. Wir haben in dieser Nummer den zweiten Teil des Artikels des Genossen Schür veröffentlicht. Weitere Äußerungen werden wir in der nächsten Nummer des „Roten Helfers“ bringen. Die Redaktion wird in der der II. Reichskonferenz vorliegenden Nummer das Fazit der Diskussion ziehen.

## Propaganda

Propaganda? — Schon beim Hören dieses Wortes gruselt es noch manchen unserer Funktionäre. „Wir können da nichts machen“, bekommt man oft zur Antwort. „Die Säße, Plakate, Wagen usw. sind verflucht teuer, darum bleibt mir vom Hals mit Eurer Propaganda.“

Ist das richtig? — Nein! Propaganda heißt nicht nur große Versammlungen veranstalten, große Plakate kleben usw., Propaganda bedeutet vielmehr, alle erdenklichen Mittel zur Reklame anzuwenden, um eine Idee oder Organisation in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Dazu genügen sehr oft die kleinsten originellen Mittel. Um Propaganda für eine Organisation zu machen, brauchen nicht immer Möbelwagen, Autos oder ganze Propagandazüge durch die Stadt zu ziehen.

Nehmen wir z. B. unseren „Roten Helfer“. Wie weit wird dieser heute über unseren Mitgliederkreis hinaus gelesen? Unsere Organisation hat im September 155 267 Mitglieder, während die Auflage des „Roten Helfers“ erst 70 000 beträgt. Jeder Funktionär kann darum feststellen, daß bis heute noch nicht einmal unsere Mitglieder alle den „Roten Helfer“ lesen, geschweige denn Arbeiter, die noch nicht Mitglieder unserer Organisation sind.

Woran liegt das? Vor allen Dingen daran, daß wir unseren „Roten Helfer“ sehr oft nur bei großen Massenmeetings oder Demonstrationen in der Öffentlichkeit anbieten, wobei er durch die große Zahl von Angeboten anderer Zeitungen mehr oder weniger verdrängt wird.

Habt Ihr schon einmal gesehen, daß ein Mitglied unseren „Roten Helfer“ in den Bahnwagen oder auf der Elektrischen liest? Trotzdem ich viel herumkomme, habe ich

bis jetzt etwas derartiges noch nicht entdecken können. Ich habe darum vor kurzem einmal den Versuch mit noch vier Genossen gemacht. Im vollbesetzten Abteil der Untergrundbahn wurde der „Helfer“ aus der Tasche geholt und gelesen. Es dauerte nicht lange, da reckten sich die Häuse der Mitfahrer, um dahinter zu kommen, was für ein Organ der „R. H.“ sein möge. Man überlege darum folgendes: Wenn Du Deinen „Roten Helfer“ nur auf einer Fahrt zur Arbeitsstätte in der Bahn oder in der Elektrischen lesen würdest, so sitzen 15 bis 20 Menschen, ja oft noch mehr, um Dich herum. Alle werden beobachten, daß Du eine Zeitschrift liest, die sie bis jetzt vielleicht noch nie oder sehr selten gesehen haben. Fährst Du eine längere Strecke auf der Bahn oder der Elektrischen, so wechseln an den Stationen die Mitfahrer, so daß Du auf einer solchen Fahrt ca. 50 Menschen mit dem „Roten Helfer“ zunächst rein äußerlich bekannt machst. Die Mitfahrer werden, ohne ein Wort von Dir gehört zu haben, auf den „Roten Helfer“ aufmerksam.

Durch Systematik und etwas Organisation kann dieses Interesse noch weit mehr gesteigert werden. Man überlege, wenn ca. 10 unserer Mitglieder dieselbe Strecke zur Arbeit fahren müssen und alle gleichzeitig den „Roten Helfer“ ansprechen und interessiert lesen, muß da nicht bei allen Mitfahrern die Neugierde sich so steigern, daß sie unbedingt dieses Blatt kennen lernen wollen, welches von den Mitfahrern so interessiert und zahlreich gelesen wird? Wenn alle unsere Mitglieder auf diese einfache und billige Art für unseren „Roten Helfer“ Propaganda machen würden, wäre es ein Leichtes, die Zahl unserer „Roten Helfer“ schnell auf die doppelte Zahl zu steigern.



Zurück vom Barkenbohr!





# Aus der Arbeit der Bezirke im Monat September

Die seit einigen Monaten in dieser Rubrik erscheinenden Anzüge aus den Monatsberichten der Bezirksvorstände haben bei den Lesern des „Roten Helfer“ großen Beifall gefunden. Diese Berichte sollen noch weiter ausgebaut werden. Das soll vor allem erreicht werden durch eine bessere Mitarbeit der „Rote-Hilfe“-Korrespondenten der Bezirke. Die Redaktion richtet deshalb die Bitte an alle „Rote-Hilfe“-Korrespondenten, für jede Ausgabe des „Roten Helfer“ einen Bericht zu liefern, der die wichtigsten Tatsachen aus den bezirklichen Arbeiten enthält. Diese Berichte müssen aber jeweils bis zum 10. des Mts. im Besitz der Redaktion sein.

Die Redaktion.

**Berlin-Brandenburg.** Als Abschluß der Polen-Kampagne fanden in Berlin und auch in Provinzortsgruppen Kundgebungen und Demonstrationen gegen den weißen Terror in Polen und auch gegen die deutsche Klassenjustiz statt. In Berlin wurden auf vier großen Plätzen Demonstrationen durchgeführt, an denen etwa 12.000 Personen teilnahmen. Ein paar Tage zuvor war der Severing-Erlaß herausgekommen, auf Grund dessen sich die Polizei außerordentlich provozierend gegenüber den Demonstranten und vor allem den Plakatträgern verhielt. Im Bezirk Wedding kam es zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machte, die Rote-Hilfe-Transparente und Plakate beschlagnahmte und zahlreiche Verhaftungen vornahm. Eine, von der Roten Hilfe und der KPD, am anderen Tage einberufene Gegendemonstration wurde vom Polizeipräsidenten verboten. Die darauf in die Pharus-Säle einberufene Protestversammlung war derartig überfüllt, daß eine noch größere Parallelversammlung abgehalten werden mußte.

Die beiden Genossen Melcher und Lerm wurden aus dem Zentralgefängnis Cottbus und dem Zuchthaus Sonnenburg entlassen. Zu ihrer Abholung fand je eine Demonstration vor dem Gortitzer und dem Schlesischen Bahnhof statt, an der sich 29.000 Demonstranten beteiligten. Auch hier wurden zahlreiche Rote-Hilfe-Transparente und Plakate mitgeführt, die in ihren Aufschriften die Freilassung aller politischen Gefangenen und den schärfsten Kampf gegen den weißen Terror und die deutsche Klassenjustiz forderten.

Für die Lausitz wurde eine Landagitations-Tournee durchgeführt, bei der in 10 Ortsgruppen 11 Versammlungen und Veranstaltungen stattfanden. Insgesamt wurden im Monat 164 Versammlungen, Veranstaltungen und Kundgebungen, mit insgesamt 59.433 Teilnehmern abgehalten.

In der Provinz Brandenburg und Lausitz wurden 7 neue Ortsgruppen geschaffen und 26 Funktionäre und 688 Mitglieder neu gewonnen.

**Schlesien.** Bei einer Erwerbslosendemonstration in Breslau hat die Schupo auf die rücksichtsloseste Weise von der Waffe Gebrauch gemacht. 10 Personen wurden zum Teil schwer verletzt und eine Arbeiterin ist ihren Verletzungen erlegen. Der Polizeipräsident verhängte den kleinen Belagerungszustand, um die Protestbewegung unmöglich zu machen. Von der Ortsgruppe Breslau wurde sofort eine Sammelaktion zur Unterstützung der Opfer eingeleitet. Dabei wurden auch Sammelisten an alle Arbeiterorganisationen, vor allem an die Gewerkschaften gesandt. Aber nur der Verband der Schuhmacher, die Organisation der Kriegeropfer, sowie ein Gesangverein reagierten auf diese Anregung und stellten

kleinere Beträge für die Opfer der Breslauer Polizei zur Verfügung.

Die Organisation macht langsam Fortschritte und setzt sich am Ende des Monats September aus 1840 Kommunisten, 80 Sozialdemokraten, 3 Bürgerlichen, 2390 Parteilosen und 33.112 Kollektivmitgliedern zusammen.

**Erzgebirge-Vogtland.** Die Organisation veranstaltete gemeinsam mit der I.A.H. ein Waldfest, das einen Ueberschuß von M. 700.— zugunsten der beiden Kinderheime der Roten Hilfe brachte. In der organisatorischen Entwicklung des Bezirks ist ein Stillstand zu verzeichnen. Erzgebirge-Vogtland war der Bezirk, der im Reichsmaßstabe an der Spitze marschierte. Heute ist er aber bereits von verschiedenen Bezirken überholt. Der Stillstand ist zum Teil zurückzuführen auf den Mangel an Funktionären, sowie auf die Inaktivität der Ortsgruppen.

Die im Laufe des Monats stattgefundenen öffentlichen Versammlungen mit der Genossin Hölz als Referentin waren sehr gut besucht und in einigen Orten, wie in Chemnitz, Zwickau, Reichenbach und Plauen gestalteten sich dieselben zu gewaltigen Kundgebungen. Die Broschüre: „Gerechtigkeit für Max Hölz“ wurde in mehreren tausend Exemplaren abgesetzt. 350 neue Mitglieder konnten in diesen Versammlungen für die Rote Hilfe gewonnen werden.

**Westsachsen.** Das sozialdemokratische Organ: „Die Leipziger Volkszeitung“ hat sich in einer Notiz mit dem Geschäftsbericht der Leipziger Bezirksorganisation beschäftigt und sich dabei mehrere Verdrehungen erlaubt zu dem Zweck, die Arbeitermassen vor der Roten Hilfe graulich zu machen. Der Bezirksvorstand schickte eine längere Darstellung über die wirklichen Arbeiten der Roten Hilfe, die aber von der „L. V.“ nicht gebracht wurde. Sie konnte nur gezwungen werden, eine kurze Berichtigung zu bringen. Der Gesamtorganisation fehlt es noch immer an einem selbständigen Funktionärstab. Die meisten Funktionäre des Bezirks sind noch mit Aufträgen anderer Organisationen über-

lastet, so daß sie nur einen Teil ihrer Arbeitskraft zur Verfügung stellen können.

Die Zahl der Rote-Helfer-Leser ist um 207 Abonnenten im Monat September gestiegen.

**Halle-Merseburg.** Anlässlich der Ueberführung der politischen Gefangenen Makover, Breithaupt, Mehlbaum und Husemann von Halle nach Kottbus wurden die unerhörten Zustände dieser Strafanstalt in hygienischer und sonstiger Beziehung festgestellt und in der Öffentlichkeit bekannt. Eine große Kundgebung, an der 10.000 Menschen teilnahmen, beschäftigte sich auch damit und nahm eine Entschließung an, die sich gegen diese Zustände wandte, deren Beseitigung verlangte und die Bestrafung der verantwortlichen Polizeipersonen forderte. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Vier Abteilungen des R.F.B. mit einer Mitgliederzahl von 1520 erklärten ihren Kollektivanschluß.

Der Bezirksvorstand hat sich mit den Geschäftsführern und Angestellten des Allgemeinen Konsumvereins in Verbindung gesetzt, um auch diese Genossen zu veranlassen, ähnlich der Angestellten in anderen Arbeiterorganisationen, jeden Monat einen bestimmten Betrag ihres Gehaltes für die politischen Gefangenen an die Rote Hilfe abzuführen. Das Vorgehen hatte Erfolg. Vier Geschäftsführer haben sich verpflichtet, monatlich einen bestimmten Prozentsatz abzuführen.

Hanao am 27. September 1926

Das Bayerische Justizministerium

in München

## Resolution

Die Unterzeichneten Organisationen erheben allerorts schärfsten Protest gegen die schamlose und menschenwürdige Behandlung des im Zuchthaus Straubing (Bayern) inhaftierten Arbeiters Guido Kopp. Guido Kopp einer der Helden der bayrischen Rätepublik wurde von den Schergen der bürgerlichen Justiz zu 6 Jahre Zuchthaus verurteilt, 7 1/2 Jahre schenkte er schon der Hölle im Straubing, gegenwärtig liegt er schwer erkrankt im Spital. Es besteht die Gefahr, wenn Genosse Kopp nicht sofort frei wird, dass er lebendig das Spital nicht mehr verlässt.

Die Unterzeichneten Organisationen verlangen die sofortige Freilassung des Kopp, da die Befürchtung, dass ein zweiter Fall...

Geleitet geschaffen von...

rote Frontkampfbund Ortsgruppe Hanao a/M

Kommunistische Partei Hanao a/M

Kommunistische Jugend Hanao

Gesangverein Vorwärts Hanao a/M

Libertarischen Verein Hanao

Internationaler Bund

Arbeiter Athleten Verein

Verband der Bauarbeiter

Erwerbslosen - Kommission

Freie Kameradschaft Hanao a/M

Arbeiter - Schützengilde

Arbeiter Schützengilde im Güttinger Hanao

Internationaler Arbeiterbund

Verband der Gewerkschaften Hanao

Verband der Gewerkschaften Hanao

HANAU

## Ein wirksames Protestschreiben

Auch in anderen Bezirken müssen die Bezirksvorstände ähnliche Schritte unternehmen.

Die Entwicklung der Organisation und Finanzen ist unbefriedigend. So sind z. B. die Einnahmen von M. 3097,08 im August auf M. 2627,41 im September zurückgegangen. Wenn der Rückgang aus allgemeinen Sammlungen auch zu verstehen ist infolge der Wirtschaftskrise und der fortgesetzten Sammlungen für den englischen Bergarbeiterstreik, so ist aber der Rückgang der verkauften Beitragsmarken zweifellos auf die mangelhafte Tätigkeit der einzelnen Ortsgruppen zurückzuführen. Eine Ausnahme davon bildet die **Hallesche Ortsgruppe**. Sie hat ihre Einnahmen von M. 634,— auf M. 683,— steigern können.

**Magdeburg-Anhalt.** Der Bezirksvorstand hat mit der Einrichtung von Arbeitsgebieten begonnen. In den Vororten **Aschersleben, Burg und Dessau** haben die ersten Arbeitsgebieten-Konferenzen stattgefunden. Der Bezirk macht langsame Entwicklung nach oben. Ende September waren in 38 Ortsgruppen 25 Bürgerliche, 45 Sozialdemokraten, 1466 Parteiloze und 1527 Kommunisten erfaßt. Dazu kommen 2 Kollektivmitgliedschaften mit 1200 Mitgliedern.

**Thüringen.** Der Bezirksvorstand hatte ein Tournee der **Strellewitz-Gruppe** organisiert. Im ganzen waren 26 Veranstaltungen für das Tournee vorgesehen. Nachdem 3 Veranstaltungen stattgefunden hatten, kam aus allen Orten das gleichlautende Verbot der Thüringischen Regierung, obwohl in verschiedenen Orten die Polizeibehörden zunächst keine Einwendungen erhoben hatten. Das Verbot erstreckte sich auf die Veranstaltungen durch die Rote Hilfe. Man merkt hier die Absicht der thüringischen Regierung, die gemeinsam mit der preußischen gegen diese Veranstaltungen der Roten Hilfe vorgeht, **um den politischen Gefangenen, ihren Frauen und Kindern die Unterstützungsmöglichkeit durch die R. H. zu nehmen.** Nach der Veranstaltung in Erfurt erhielten Strellewitz und seine Töchter durch die preußische Regierung den **Ausweisungsbefehl**. Dadurch waren die letzten geplanten Veranstaltungen, die sich auf preußischem Gebiet befanden und zum Rote-Hilfe-Bezirk Thüringen gehören, unmöglich geworden. Das Schanddokument **Severings** hat folgenden Wortlaut:

„Mit Zustimmung des Herrn **Ministers des Innern** werden Sie hiermit aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen und demgemäß aufgefordert, das Staatsgebiet bis zu **Mittwoch, den 2. Oktober 1926** zu verlassen.

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, so wird sie **zwangsweise durchgesetzt werden.**

Einer Beschwerde gegen diese Verfügung bleibt auf Grund des § 53 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 aufschiebende Wirkung versagt. Falls Sie ohne Erlaubnis in das preußische Staatsgebiet zurückkehren, haben Sie auf Grund des § 361 Ziff. 2 des Reichsstrafgesetzbuches eine Haftstrafe bis zu 6 Wochen zu gewärtigen.“

Wenn die preußische Regierung glaubt, durch bayerische Methoden die Entwicklung der Roten Hilfe zu verhindern, dann befindet sie sich im Irrtum. Die Arbeiterschaft weiß, was die Rote Hilfe bedeutet und schließt sich in immer größeren Massen dem Hilfswerk der RH. an.

Das Interesse der thüringischen Arbeiterschaft an unserem **Elgersburger Kinderheim „Mopr“** wird immer größer. Die Besucher an den Sonntagen nehmen dauernd zu und die Besucher bringen Spenden für die Kinder des Heimes mit. Die Mitglieder des **RFMB Eisenach** haben nach Besuch des Heimes beschlossen, für das Kinderheim Wäsche zu nähen und sich in Zukunft an allen Sammlungen der Roten Hilfe zu beteiligen.

**Niedersachsen.** Aus den dem Bezirksvorstand zugegangenen Berichten geht hervor, daß in der Strafanstalt **Lüneburg**, sowie auf den **Arbeitskommandos**, die von den Insassen der Strafanstalt Lüneburg gestellt werden, große Mißstände bestehen. Den Gefangenen wird das Lesen eigener Bücher, sowie der Ankauf von Lebensmitteln verweigert.

Die vom **Roten Frontkämpfer-Bund** organisierten **Roten Tage** konnten verschiedentlich zum Verkauf unserer Literatur, unserer Sammlungen ausgenutzt werden. Die Ergebnisse waren

durchweg zufriedenstellend. So haben z. B. 2 Genossen bei einer Demonstration in **Hertfort** 42 Mark vereinnahmt durch Sammlungen und Broschürenverkauf. In **Oberkirchen** vertrieb ein Genosse während der Demonstration allein für 12 Mark Zeitungen und Broschüren.

In der **Kinderhilfswoche** sammelte die sehr rührige Genossin **Sassenbach-Flatow** auf einer Sammelliste M. 16,05 und machte gleichzeitig 10 Neuaufnahmen für die RH.

**Mecklenburg.** Die nach der letzten Wahl in Mecklenburg zustande gekommene „**Linksregierung**“ hat bisher den politischen Gefangenen nur wenig genützt. Die politischen Gefangenen sitzen noch zum größten Teil in den Strafanstalten.

In der **Rostocker Mitgliederversammlung** der RH. referierte Rechtsanwalt **Dr. Rubensohn** aus Rostock über das Thema: „**Organisation der deutschen Justiz**“. Die Ausführungen **Rubensohns** wurden mit großem Interesse aufgenommen und allgemein der Wunsch geäußert, derartige Veranstaltungen öfter zu machen. Der Bezirksvorstand hat für alle Ortsgruppen ähnliche Mitgliederversammlungen vorgesehen.

**Wasserkante.** Der Bezirksvorstand hat Anfang September eine **Rechtsauskunft** im Bezirksbüro eröffnet. Jeden Freitag von 5—7 Uhr erteilt ein juristisch vorgebildeter Genosse Auskunft in allen Rechtsfragen. Im Monat September haben bereits 44 Personen Auskunft in politischen Angelegenheiten eingeholt. Die Eröffnung dieser Rechtsauskunft wurde von den Mitgliedern allgemein begrüßt und trägt dazu bei, das Vertrauen zur Roten Hilfe in den breitesten Massen noch weiter zu verankern.

Die Mitgliederversammlungen sind trotz genügender Vorbereitung noch immer schwach besucht. Die Besucherzahl liegt zwischen 10 und 50% der Mitglieder. Dabei ist zu bemerken, daß in den kleineren Ortsgruppen der Besuch am besten ist und in einzelnen Fällen bis zu 90% der Mitglieder erreicht. Das Versammlungsleben ist in der letzten Zeit etwas lebendiger geworden. Auch der Funktionärkörper ist gefestigter. Es besteht aber noch immer ein Mangel an leitenden Kräften. Das gilt auch für Referenten.

**Nordwest.** Die Rote Hilfe dringt immer weiter in die breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung ein. So setzen sich die Ortsgruppen **Weener, Emden, Börssum, Aurich, Wilhelmshaven** und **Oldenburg** zum allergrößten Teil aus Parteilozen zusammen. In Aurich sind 8 Mitglieder des Reichsbanners in die Rote Hilfe eingetreten. In dieser Gruppe, die 45 Mitglieder stark ist, ist nicht ein einziges Mitglied der Kommunistischen Partei.

Die am 19. September in Bremen stattgefundene Gankonferenz des RFB.

sandte an den in Haft befindlichen Genossen **Niemeyer** aus **Weener** ein Begrüßungstelegramm. Gleichzeitig wurde ein Beschluß gefaßt, der alle Mitglieder des RFB verpflichtet, der Roten Hilfe beizutreten. Der **Arbeitergesangsverein Bremen** hat sich kollektiv angeschlossen.

**Ruhrgebiet.** Der Bezirk Ruhrgebiet hat in den letzten Monaten eine gute Entwicklung durchgemacht. Ende September bestanden 94 Ortsgruppen mit 13683 Mitgliedern. Kollektivmitgliedschaften haben sich 2 neu angeschlossen, und zwar der „**Freidenkerverein**“ in **Wanne** und der **Volkschor „Freiheit“** in **Bochum**. Der Bezirk hat dadurch insgesamt 15 Kollektivmitgliedschaften mit 19000 Anhängern.

Der Bezirk hat am 25. September 6 Kinder nach **Worpswede** zur Erholung geschickt. Die Gemeinde **Herringen** hat für das Kind **Jaschinski**, das aus Herringen gebürtig ist und im Heim Aufnahme fand, **pro Monat 75 Mark bewilligt**. Diese Tatsache sollten alle Bezirke benutzen, um bei ähnlichen Fällen bei den zuständigen Gemeindevertretungen vorstellig zu werden und entsprechende Anträge einzubringen.

Die Verbindung mit den politischen Gefangenen ist eine sehr gute geworden und findet ein regelmäßiger Besuch der gefangenen Genossen durch den Gefangenenobmann statt. Die politischen Gefangenen in **Bochum** haben beschlossen, von ihrer Unterstützung monatlich 2 Mark an die **streikenden Bergarbeiter in England** abzuführen und die Genossen im Zentralgefängnis in **Münster** zeichnen von ihrer Unterstützung **M. 77,— für die streikenden englischen Bergarbeiter.**



**Hedwig Wenzel, Bautzen**  
eine tüchtige „Rote Helferin“

**Mittelrhein.** 3 Rot-Front-Kameraden, die am 16. September Plakate zu dem in Köln-Mülheim stattfindenden Rote-Hilfe-Tag klebten, wurden von einem Schupo beschnitten. Die Rot-Front-Kameraden blieben unverletzt. Ein des Weges kommendes Mädchen erhielt aber einen Beinschuß. Die Polizei setzte auch ihre Angriffe bei der Demonstration fort. Ein Polizei-Oberleutnant und zwei Schupos versuchten zwei Transparente tragende Genossen zu verhaften und die Plakate zu beschlagnahmen. Die Transparente trugen die Aufschrift: „Wir protestieren gegen den Polizeiterror.“ Nach einer Verhandlung im Polizeipräsidium wurden die Transparente wieder zurückgegeben. Nur der strengen Disziplin der Demonstranten ist es zu verdanken, daß es nicht zu schweren Zusammenstößen kam. Die Demonstration war von über 5000 Menschen besucht und hat das Ansehen der Roten Hilfe bei den breitesten Massen bedeutend gefördert.

Am Schluß der Demonstration fand auf dem größten Platz im Stadtzentrum eine Kundgebung statt. Bei dieser Gelegenheit

In Isenburg fand ein Unterhaltungsabend statt und von der Ortsgruppe Frankfurt-Alstadt wurde ein Werbetag veranstaltet. Der Erfolg des Werbetages waren, obwohl sich nur 8 Genossen beteiligten, 12 Neuaufnahmen. Gleichzeitig wurden 19 Rote Helfer und 78 Kindermarken verkauft.

**Baden-Pfalz.** In mehreren Ortsgruppen fanden größere Veranstaltungen in Form von Theateraufführungen statt. So lief z. B. in Mannheim der Mopr-Film bei vollbesetztem Haus.

Für die Amnestiekampagne hat sich ein Komitee gebildet, das sich aus Betriebsobleuten sowie Delegierten der verschiedenen Vereine und Gewerkschaften zusammensetzt. Diesem Komitee gehört u. a. der Gauvorsitzende der christlich-sozialen Jugend an.

Der Gefängnisdirektor von Zweibrücken versucht die Verbindung der politischen Gefangenen seiner Strafanstalt mit den Rote-Hilfe-Ortsgruppen dadurch zu unterbinden, daß er die Gefangenen anlügt und über die Rote Hilfe unwahre Behauptungen



Groß-Berliner RH.-Genossen (20. Bezirk, Reinickendorf) bei der Kartoffelsammlung für die Winterhilfe der RHD.

hat der Bezirksvorstand der Organisation eine Bezirksfahne übergeben. Resolutionen an die Reichsregierung und an das Justizministerium gelangten zur Annahme und Absendung. Am Vorabend der Demonstration fand ein Fackelzug statt, an dem sich rund 3000 Genossen mit Fackeln beteiligten.

Die Rechtsankunftsstelle des Bezirksvorstandes findet die steigende Aufmerksamkeit der Werktätigen. Eine große Anzahl Eingaben auf Ermäßigung von Geldstrafen oder Straferlaß usw. mußten im Laufe des Monats gemacht werden.

Im Berichtsmonat wurden 501 Mitglieder neu gewonnen. Die Organisation würde noch schneller wachsen, wenn genügend Funktionäre zur Verfügung ständen. Die Organisation leidet an einem chronischen Funktionärmangel. Der Bezirksvorstand ist deshalb dazu übergegangen, Funktionärskurse vorzubereiten, um sich die erforderlichen Funktionäre aus den Mitgliederkreisen schnellstens heranzuziehen.

**Hessen-Frankfurt.** Durch die Auflösung des Bezirks Piaz wurden dem Bezirk Hessen-Frankfurt eine Anzahl neuer Ortsgruppen angegliedert. Der Bezirk umfaßte Ende September 92 Ortsgruppen mit 2327 Kommunisten, 40 Sozialdemokraten, 678 Parteilosens und 11 Bürgerlichen. Dazu kommen noch 17 Kollektivmitgliedschaften mit 2055 Anhängern.

verbreitet. Die politischen Gefangenen wissen aber besser, wer die Rote Hilfe ist und lassen sich nicht verwirren.

**Südbayern.** Der Genosse Winter-München wurde wegen eines Artikels über den Tod Hagemeisters, der im Mitteilungsblatt der Roten Hilfe Südbayerns erschienen ist, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Prozeß, der mehrere Tage dauerte, wurde von den Münchner Genossen gut geführt und erregte in den breitesten Kreisen Aufsehen.

Ein Flugblatt, das die bayrische Klassenjustiz brandmarkte, wurde gemeinsam mit herausgebracht und verbreitet.

Die Föderation der Syndikalisten hat in einer kombinierten Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt, die Patenschaft für das Zuchthaus Straubing mit anderen Organisationen, darunter Liga für Menschenrechte, Kampfband für Volksrecht, U. S. P. München, Föderation der Syndikalisten zu übernehmen.

In Kolbermoor fand eine öffentliche Versammlung statt, in der der Genosse Freiburger referierte. Interessant ist, daß die Versammlung vom Bezirksamt nur unter der Bedingung genehmigt wurde, daß ein Sozialdemokrat als Referent komme.

Organisatorisch entwickelt sich der Bezirk langsam vorwärts.

Soeben erschienen!

**Felix Halle.**

**Anklage gegen Justiz und Polizei!**

Zur Abwehr der Verfolgungen gegen das proletarische Hilfswerk für die politischen Gefangenen und deren Familien.

Preis 1 Mark. — Organisationspreis 50 Pfg. Zu beziehen vom Mopr-Verlag, Berlin NW. 7 oder durch die Literaturobleute.

Soeben erschienen!

**Der Wandkalender**

des „Roten Helfer“ wird der Januar-Nummer beigelegt. Bestellung auf diese Nummer sind sofort aufzugeben.

Der Verlag.

\*

Soeben erscheint in 3. Auflage: „Gerechtigkeit für Max Hölz“, von Erich Mühsam, mit einem Nachwort von Arthur Dombrowski, dem Zellengenossen von Max Hölz, zum Preise von 40 Pfennig.